

## **Alsdorf in der NS-Zeit**

### **A. Beweggründe für diese politische Entwicklung**

aus: Jahresblätter des Alsdorfer Geschichtsvereins  
herausgegeben vom Alsdorfer Geschichtsverein - 2002  
Artikel von: Dr. Franz Schneider, Alsdorf  
für das Internet aufbereitet von Peter Dzinga 2002 / 2010

Es gab in dieser Zeit im gesellschaftspolitischen Bereich eigentlich drei große Einflußbereiche, die anzusprechen sind, um eine Erklärung für Entwicklungen zu finden. Ein Bereich war der parteipolitische Kampf um die Macht. Ein zweiter Bereich war die wirtschaftspolitische Lage des Volkes. Den Kirchen fiel eine weitere Rolle zu, Einfluß auf das Volk auszuüben.

Diese drei Kräfte sollen in ihrem Wirken nachstehend beleuchtet werden.

### **I. Die politische Lage und der Machtkampf zwischen den Parteien im Deutschen Reich allgemein und besonders in der Gesamtgemeinde Alsdorf**

Die Kommunisten und die KPD als ihre Partei waren für Hitler wegen ihrer geistigen Bindung an Moskau und wegen ihres Einflusses auf das Volk bei der bestehenden wirtschaftlichen Notlage das Ärgernis Nr. 1, das der eigenen Machtentfaltung entgegenstand. Umgekehrt empfanden die Kommunisten das nicht anders für ihre Position, was ihr Verhältnis zur NSDAP betraf. Für Hitler sei bemerkt, daß er eigentlich die politische Organisation der Kommunisten bewundert und sie sogar für seine eigenen Zwecke kopiert hatte. In seinem politischen Hauptwerk „Mein Kampf“ hatte er schon früh geschrieben: „Der völkischen Weltanschauung muß ein Instrument geschaffen werden, das ihr die Möglichkeit einer kampfesmäßigen Vertretung gewährt, ähnlich wie die marxistische Parteiorganisation für den Internationalismus freie Bahn schafft. Dieses Ziel verfolgt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei!“<sup>1)</sup>.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Kommunisten wegen ihres radikalen Auftretens und wegen ihrer Agitationen auch allen anderen Parteien, sogar den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge waren. Aus den Kreisen der Alsdorfer Zentrumspartei hieß es im Dezember 1932: „Sozialismus, Kommunismus und Bolschewismus setzen zum Sturm an auf das Erbe unserer Väter! Die Zeiten sind ernster, als wir alle ahnen“. Das radikale Verhalten der Kommunisten war schon anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für die zahlreichen verunglückten Bergleute nach dem großen Grubenunglück von 1930 aufgefallen. Jede Gelegenheit war ihnen wichtig. Es galt ihnen, durch Streik und Blockade jedes Bemühen, schrittweise aus der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage herauszukommen, zunichte zu machen und so eine Veränderung der politischen Verhältnisse revolutionär zu erzwingen. Bei den Betriebsräten im Bergbau versuchten sie immer wieder, durch Rücktritte Neuwahlen zu erreichen, um so ihre Position möglichst zu verbessern. Schon im September 1932 wurden sie beschuldigt, die Arbeit der Alsdorfer Gemeindevertretung in Mißkredit gebracht zu haben und im Kampf gegen die Sozialpolitik des Rates den Gegnern will-

kommene Helfer gewesen zu sein. Doch durch solche Demagogie lasse sich die Gewerkschaft christlicher Bergleute nicht in ihrer Arbeit stören; so auf der Bezirkskonferenz der Bergarbeiter in Alsdorf am 26. September 1932. In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 30. September 1932 trat der politische Gegensatz deutlich hervor, als ein Mitglied des Zentrums den Kommunisten vorhielt, daß mit demagogischen und propagandistischen Wahlreden den Erwerbslosen nicht zu helfen sei; solange die Kommunisten nicht praktisch an dem Ziel, die Lage der Unterstützungsempfänger zu erleichtern, mitarbeiteten, werde man den Gedanken nicht los, daß die Kommunisten an der Verelendung weiter Bevölkerungskreise ein großes Interesse hätten, um daraus ein politisches Geschäft zu machen. Diese Erklärung über die soziale Lage weiter Kreise -Verelendung - aus dem Mund eines Zentrums politikers und dazu abgedruckt im konservativen „Echo der Gegenwart“ und nicht in einem kommunistischen Presseblatt läßt mehr als deutlich erkennen, daß die Menschen damals gerne bereit gewesen wären, jedem zu folgen, der ihnen glaubhaft Hoffnung auf bessere Zeiten machte. Die Kommunisten nutzten zweifellos diese Lage; und in Alsdorf hatten sie ja in den Gemeindeteilen Kellersberg und Busch ihre festen Positionen.

Am 12. Dezember 1932 demonstrierten sie mit Anhängern aus Alsdorf-Mitte, Kellersberg und Neuweiler in den Straßen der Gemeinde mit Sprechchören wie „Arbeit und Brot“. Die Polizei mußte gegen diese überörtlich organisierte Gruppe einschreiten. Nicht anders war es am 15. Dezember am Denkmalplatz, wo rund 300 Kommunisten demonstrierten, die unterstützt wurden von Anhängern aus Merkstein, Baesweiler und Mariadorf. Das war am Tage vor der Wahl zur Gemeindevertretung, die wegen der kommunalen Neugliederung von 1932 nun durchzuführen war. Die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Kommunisten spielten sich an sich auf parlamentarischer Ebene ab, ohne daß es zu Tätlichkeiten zwischen den jeweiligen Beteiligten gekommen war. Anders sah das auf der Straße dann aus, wenn sich Kommunisten und Nationalsozialisten begegneten und einander gegenüberstanden. Dabei bemühte sich die Verwaltung mit Hilfe der Polizei, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu erhalten.

In dieses politische Theater der Kommunisten versuchte nun schon früh die in Alsdorf gegründete NSDAP um der eigenen Macht willen sich einzuschalten. Im März 1928 veranstaltete sie eine Kundgebung mit eindeutiger Tendenz: „Juden haben keinen Eintritt.“<sup>2)</sup>, wie vor dem Eingang auf einem Plakat zu lesen war. Störungen durch Marxisten und Juden waren geradezu provoziert.

Am 26. Mai 1930 brachte das „Echo der Gegenwart“ einen Bericht über Auseinandersetzungen und Krawalle zwischen KPD und NSDAP vor dem Lokal Eschweiler in der Annastraße, wo die NSDAP eine Versammlung abhielt. Bezeichnend für die politische Grundorientierung beider und für ihre aus dem Konkurrenzkampf geborene Erzfeindschaft hatte die Presse die Überschrift gewählt: „Die feindlichen Brüder!“ So wird auch das in konservativen Kreisen oft gehörte Urteil über die „Nazis“ verständlich, die als „Salon-Kommunisten“ bezeichnet wurden.

Vor jener Reichstagswahl von November 1932 versammelten sich Mitglieder der SA und NSDAP zusammen mit Parteigenossen anderer Gemeinden auf der Alsdorfer Heide, um in einem Propagandazug durch die Hauptstraße zum Rathaus der Gemeinde zu marschieren. Kaum hatten sie den Bahnübergang passiert, da flogen auch schon die ersten Steine aus den Reihen der Umstehenden. Ein Schuß fiel, ohne daß festgestellt werden konnte,

wer geschossen hatte. Jedenfalls liefen die Heranmarschierenden auseinander und verzogen sich; so berichtete Hubert Mund.

Die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Parteien rissen nicht mehr ab bis zum Ende der politischen Existenz der KPD.

Am 17. Februar 1932 durchschnitten in Merkstein Kommunisten die Lichtleitungen während einer NSDAP-Versammlung. Es fielen auch Schüsse. Am 10. Juni wurde in Boscheln ein NS-Mann von einem Kommunisten erschossen. In der Nacht zum 20. Juni kam es auch in Baesweiler zu solchen Krawallen, bei denen ebenfalls ein NS-Mann erschossen wurde. Am 21. Juni 1932 wurde in Baesweiler ein Kellersberger NS-Mann verhaftet, der dort bewaffnet erschienen war. In Merkstein wurden bald darauf fünf NS-Leute festgenommen, als sie Propagandaplakate ankleben wollten. In der Nacht zum 15. Juli 1932 drang in Mariadorf ein Trupp von NS-Leuten zu den Baracken einer Wohnsiedlung vor, die mit roten Fahnen beflaggt waren, um sie zu stürmen und somit der Behörde „behilflich“ zu sein, wie sie sagte. Am 1. Januar 1933 kam es in Alsdorf zu einer erheblichen Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der ein NS-Mann mit einem Messer erheblich verletzt wurde. Am 4. Februar 1933 hing auf dem Alsdorfer Rathaus die Hakenkreuzfahne, die auf schnellstem Wege wieder heruntergeholt wurde. Am 9. Februar 1933 kam der Gegenschlag. Vertreter der beiden Gruppen prügeln sich vor dem Haupteingang der Grube Anna, als NS-Leute versuchten, Flugblätter zu verteilen. Ähnlich war es in der Nacht zum 26. Februar 1933. Am 1. März 1933 warfen Unbekannte an der Polizeiwache neben dem Rathaus und am „Braunen Haus“ in der damaligen Kirchstraße mit Steinen die Fensterscheiben ein. Daß dieser Angriff den Nationalsozialisten gegolten hatte, folgt aus dem Angriff gegen das „Braune Haus“, die örtliche Zentralstelle der NSDAP.

Die Lage änderte sich grundlegend nach der Wahl zur Gemeindevertretung am 12. März 1933; von nun an fand ein „Rollenwechsel“ statt. Bei der letzten Wahl zur Gemeindevertretung vom 18. Dezember 1932, also vor drei Monaten, sah die Besetzung des Rates der Gemeinde Alsdorf folgendermaßen aus:

Kommunisten: 10 Vertreter

Schlosser Robert Deppe, Alsdorf; Bergmann Josef Große, Neuweiler; Bergmann Hermann Krapowitz, Kellersberg; Frau Käthe Wierkowski, Alsdorf; Bergmann Bernhard Suda, Alsdorf; Bergmann Wilhelm Vieting, Schaufenberg; Bergmann Bernhard Rutz, Alsdorf; Bergmann Bernhard Schwerdt, Kellersberg; Hausfrau Johanna Müller, Kellersberg; Kokereiarbeiter Wilhelm Thormann, Kellersberg.

Zentrumspartei: 7 Vertreter

Wäschereiarbeiter Josef Dreschers, Alsdorf; Schulrektor Heinrich Weinand, Kellersberg; Gemeindevorsteher a.D. Karl Mannheims, Schaufenberg; Kaufmann Josef Sieves, Alsdorf; Bergmann Mathias Jordans, Alsdorf; Grubensteiger Gottfried Fleu, Schaufenberg; Ortsvorsteher Peter Josef Offermanns, Kellersberg.

Bürgerpartei: 3 Vertreter

Betriebsführer Rudolf Welcke, Alsdorf; Kaufmann Josef Eschweiler, Alsdorf; Landwirt Josef Lesmeister, Schaufenberg.

SPD: 3 Vertreter

Bergmann Josef Cohnen, Alsdorf; Bergmann Paul Stefaniak, Schaufenberg; Hausfrau Gertrud Engels, Alsdorf.

NSDAP: 1 Vertreter

Grubensteiger Christian Grotenrath, Alsdorf.

Diese Kommunalwahl hatte eine sehr schlechte Beteiligung. Sie lag bei 58.19% von 12.020 Wahlberechtigten.

Als Grundlage für die Ermittlung der Wahlberechtigten wurde hier die Feststellung für die Reichstagswahl von November 1932 genommen. In Kellersberg war der Anteil der KPD-Wähler 57,37% von den dort abgegebenen Stimmen, in Busch 49%, im übrigen Alsdorf lag der Satz bei 24%. Nach den jeweiligen Wählerzahlen lagen die Stimmenanteile der NSDAP in Kellersberg bei 3,95%, in Busch bei 3,94% und im übrigen Alsdorf bei 9.14%.

Nach der Reichstagswahl vom 6. November 1932 und den Gemeinderatswahlen vom 18. Dezember 1932 mit der deutlichen Hinwendung nach links ordnete Hitler nach seiner Machtergreifung auf jedem Gebiete Neuwahlen an. Seine Leute hatten schon überall bis in den kleinsten Winkel gearbeitet, wenn dies auch unter großen Gefahren und tätlichen Auseinandersetzungen geschehen war. Die neue Kommunalwahl vom 14. März 1933 brachte bereits eine radikale Wende auch für Alsdorf mit folgendem Ergebnis im Gemeinderat:

NSDAP: 8 Vertreter

Landwirt Weinberg, Bergmann Maaßen, Maschinensteiger Leclair, Kaufmann Eschweiler, Steiger Grotenrath, Landwirt Berners, Bergmann Friese, Maurerpolier Kemmer.

Zentrum: 7 Vertreter

Wäschearbeiter Dreschers, Rektor Weinand, Berginvalide Mannheims, Kaufmann Sieves, Bergmann Jordans, Steiger Fleu, Berginvalide Offermanns.

KPD: 4 Vertreter

Bergmann Große, Bergmann Schwerdt, Hausfrau Wierkowski, Bergmann Vieting.

SPD: 3 Vertreter

Bergmann Cohnen, Bergmann Stefaniak, Hausfrau Engels.

Bürgerliste: 2 Vertreter

Betriebsleiter Welcke, Schlossermeister Kochs.

Konkrete Zahlen der Stimmen für die einzelnen Parteien und Wahlbezirke liegen nicht vor.

Aus der politischen Zusammensetzung des Rates läßt sich deutlich erkennen, welche politische Wende eingetreten war, und dies innerhalb von drei Monaten. Beachtenswert ist hier, daß gegenüber den bisher vier Vertretern der KPD aus Kellersberg nun nur noch ein Kellersberger KPD-Kandidat in den Gemeinderat gekommen war, nämlich der Bergmann Bernhard Schwerdt.

Die politischen Auswirkungen zeigen, daß eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum, SPD und Bürgerliste einen Stimmenanteil von zwölf gebracht hätte, dem genau zwölf Stimmen aus NSDAP und KPD entgegengestanden hätten. So gab es für eine aktive Politik nur die grundsätzliche Entscheidung für eine Verbindung zwischen NSDAP und Zentrum. Doch solche Überlegungen wurden schon bald überflüssig, denn die Entwicklung in Alsdorf ist nicht zu begreifen ohne die Politik in Berlin. Kurzer Hand hatte Hitler schnell nach der Reichstagswahl und zwei Tage vor der Abstimmung um das Ermächtigungsgesetz der KPD alle errungenen Parlaments- und Ratsmandate aberkannt und damit einer vor allem nach dem Brand des Reichstagsgebäudes vom 27. Februar 1933 verstärkter angeordneter Verfolgung der Kommunisten den letzten Akzent gegeben. Die SPD wurde ähnlich im Mai 1933 kaltgestellt und am 21. Juni 1933 endgültig verboten. Auf das Zentrum übte Hitler massiven Druck aus, sich selbst aufzulösen, was schließlich am 5. Juli 1933 geschah, um einem offiziellen Verbot zu entgehen. Die kleineren Parteien hatte Hitler so vom Tisch gefegt. Schon am 28. Juni 1933 verkündete Propagandaminister Dr. Josef Goebbels: „Der Parteienstaat ist tot“.

Was geschah in Alsdorf? Bereits Anfang März 1933 ging es in Alsdorf los; am 2. März wurde auf einer KPD-Versammlung der kommunistische Abgeordnete Sattler aus Köln in Alsdorf gefaßt, weil er im Dezember 1932 der KPD hier Wahlhilfe geleistet hatte. Am 14. März wurde in Hoengen ein fliehender Kommunist ergriffen. 17. März: in Alsdorf fielen zwei verdächtige Kommunisten der Polizei in die Hände; aber „der seit einigen Wochen gesuchte Führer der Kommunisten, der Bergmann Georg Große aus Neuweiler, der auch Führer des kommunistischen Einheitsverbandes der Bergarbeiter im Wurmrevier ist, konnte bis heute immer noch nicht gefaßt werden“. Am 27. März: Großrazzia nach Kommunisten in Alsdorf. 14 wurden gestellt; die meisten wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. 8. Mai: „Große Razzia gegen Kommunisten in Alsdorf. Vernichtender Schlag gegen Reste der kommunistischen Bewegung. 28 Wohnungen wurden durchsucht und dabei „Schriften zersetzenden Inhaltes“ gefunden. „Nach dieser Aktion, die wohl die größte Razzia der Alsdorfer Polizei gewesen ist, darf man behaupten, daß die Kommunisten in Alsdorf, wo ehemals die Zentrale der kommunistischen Bewegung im Wurmkohlengebiet war, vernichtet sind“. So berichtete die Presse. Am 15. August 1933 untersuchte die Polizei die Wohnung eines verhafteten Kommunisten in Alsdorf. Staatsfeindliche Druckschriften sollen dort gefunden worden sein. Es ist hier zur Kenntnis zu nehmen, daß bei all diesen Maßnahmen der politische Katholizismus in der noch fungierenden Zentrumsparterie sich zurückhaltend verhielt und daß ihm diese Angriffe gegen den politischen Atheismus gar nicht unwillkommen gewesen sein dürften.

Die NSDAP wurde auch in Alsdorf immer selbstbewußter. Bereits am 4. April 1933 setzte sie durch - und dies mit den Stimmen der sowieso praktisch machtlos gewordenen Zentrumsparterie, daß Reichspräsident Paul von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler Ehrenbürger der Gemeinde Alsdorf wurden. Der 1. Mai stand ganz im Zeichen der aufkommenden Macht der NSDAP. Überaus reicher Flaggenschmuck und über Erwarten große Beteiligung der Bürgerschaft bei den öffentlichen Kundgebungen. Über 5.000 Bergleute marschierten am Vormittag auf den Anna-Betrieben zusammen, um dort an den Kundgebungen teilzunehmen. Dann ging es unter den Klängen der Bergmannskapelle zum Göbbels-Stadion. Ein Gemisch von Denkrichtungen, Propaganda neben der Anrufung Gottes und zum Schluß die Übertragung der Ansprache des obersten Götzen Hitler. In der Zeit vom 9. bis zum 16. September 1933 fand als parteipolitische Werbeaktion die „Braune

Woche" in Alsdorf unter dem Motto statt: „Alsdorf unter dem Zeichen des Hakenkreuzes". NSDAP, SA, SS, Hitlerjugend, Frauenschaft und BDM sollten der Bürgerschaft noch näher gebracht werden. Es passierte was! Da war was los! Man war dabei. Der Plan gelang. „Alsdorf, vor einigen Monaten noch die Hochburg des Kommunismus im Wurmkohlenrevier, hat acht Tage lang das Hakenkreuz in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gestellt", so die Presseartikel. Örtlicher Agitator war der Ortsgruppenleiter und stellvertretende Bürgermeister Steiger Christian Grotenrath: auch Gewerbeoberlehrer Robert Fernschild und andere. Der NSDAP-Treuhänder der Arbeit Willi Börger aus Köln ging auf das politische Planen der Kommunisten ein: „Die Führer der KPD, die diese verbrecherischen Pläne ausgedacht haben, sitzen allerdings heute im Ausland, nachdem sie bei Nacht und Nebel über die Grenze geflüchtet sind; und die Ortsgruppenführer der KPD sitzen in Konzentrationslagern. Ich warne jeden, sich für andere mißbrauchen und in ein Konzentrationslager stecken zu lassen. Unsere Generation entscheidet heute über Jahrtausende". Klarer kann kaum eine politische Warnung sein; und das schon im Herbst 1933! NSDAP-Kreisleiter Reuter meinte, daß es vor einem Jahr, als die SA in Alsdorf aufmarschierte und angegriffen wurde, fast geschienen habe, als könne der Nationalsozialismus in Alsdorf nie Boden fassen. Umso erfreulicher sei es, heute feststellen zu können: Alsdorf ist für Hitlers Idee gewonnen! - Ortsgruppenleiter Grotenrath: „Alsdorf ist erwacht! Erwacht aus der Stumpfheit und Mutlosigkeit, in die uns 14 Jahre marxistischer Herrschaft hineingetrieben haben; erwacht aus der geistigen Verblendung, die die geistigen Bonzen und Landesverräter absichtlich groß gezogen haben, um daraus ihre Profitgier befriedigen zu können; erwacht zu neuer Hoffnung, Arbeitslust und Lebensfreude". Tausende erlebten solche Begeisterung und gerieten selbst in diese Begeisterung, in den Taumel des neuen Denkens. Nahezu alle hatten sich gern einbinden lassen. Da feierten die Katholiken zu Beginn dieser „Braunen Woche" im Burggarten eine Hl. Messe; die evangelische Bewegung „Deutsche Christen", die hier maßgebliche Bedeutung als Kirchengemeinde hatte, hielt einen Festgottesdienst im Hof der Aufbaurealschule. Die Schulen marschierten in geschlossenen Reihen bei den Aufmärschen. Sicher hatte hierauf der NS-getreue Rektor Jansen von der Marienschule in Alsdorf maßgeblichen Einfluß gehabt, wie die Drahtzieher bei anderen Organisationen genauso ihre Hand im Spiele hatten. Die Ortsvereine waren mit von der Partie. Die Festzüge gingen durch Alsdorf, Schaufenberg und Kellersberg; dabei war auch der Spielmannszug der Kellersberger Pfarre und der Sport- und Turnclub Kellersberg, um nur wenige zu nennen. Aus Anlaß und zugunsten dieser „Braunen Woche" spielten die Fußballvereine von Alsdorf gegeneinander, wobei Viktoria Kellersberg die Führung an sich reißen und zeitweise erdrückend überlegen spielen konnte. So wurde über mehr als eine Woche Tag für Tag in den Tageszeitungen berichtet. Die Krönung des Ganzen war dann, daß gerade in Kellersberg, der ehemaligen Hochburg des Kommunismus, die bisherige „Querstraße" in „Hakenkreuzstraße" umbenannt wurde. Ja schon kurze Zeit vorher war es in Alsdorf möglich gewesen, daß nämlich am 24. August 1933 der Gemeinderat einstimmig den Antrag der evangelischen Bewegung „Deutsche Christen" annahm, die evangelische Schule in Kellersberg von nun an „Horst-Wessel-Schule" zu nennen.

Für viele Kellersberger Kommunisten, für die aus Busch und für ihre Sympathisanten waren der politische Druck und die Angst vor der Gefahr der Verfolgung und Internierung sicher auch ein Grund, vom bisherigen Denken abzurücken, zumal ihnen die örtliche Führung fehlte. Ähnliches galt für die Mitglieder und Anhänger der übrigen zwischenzeitlich

verbotenen oder aufgehobenen Parteien. Es war aber sicher auch für viele, vielleicht sogar für die meisten, die aufbrechende Begeisterung der Anlaß, sich dem neuen System anzuschließen. Parteipolitisch hatte die NSDAP auf die Reichstagswahl vom 12. November 1933 hin gut vorgearbeitet. Hier hatte gewiß die „Braune Woche“ den Schlußpunkt gesetzt. Auch insoweit galt und gilt auch heute noch ein Gedanke Hitlers, den er schon früh in „Mein Kampf“ niedergeschrieben hatte: „Die Gemeinsamkeit der großen Kundgebung aber stärkt nicht nur den einzelnen, sondern sie verbindet auch und hilft mit, Korpsgeist zu erzeugen“. Wenn der Mensch als „Suchender in die gewaltige Wirkung des suggestiven Rausches und der Begeisterung von drei- bis viertausend anderen mitgerissen wird, wenn der sichtbare Erfolg und die Zustimmung von Tausenden ihm die Richtigkeit der neuen Lehre bestätigen und zum erstenmal den Zweifel an der Wahrheit seiner bisherigen erwecken, dann unterliegt er selbst dem zauberhaften Einfluß dessen, was wir mit dem Wort Massensuggestion bezeichnen“. <sup>3)</sup>

Hitler erkannte die Mentalität „der Masse“ und die Kraft der Rede. Er erkannte aber zugleich Möglichkeit und Chance, beides zu mißbrauchen. Es kann und darf aber auch nicht übersehen werden, daß Hitler genauso erkannte, was diese Masse in dieser Zeit wollte und auch brauchte. Darauf stellte er jedenfalls sein Parteiprogramm ein. Und das Programm als solches hat dann gezogen.

## **II. Die wirtschaftliche Lage und die parteipolitische Tatkraft des neuen Systems.**

Mehrfach ist schon auf die elende wirtschaftliche Lage auch in Alsdorf hingewiesen worden. Sie war wesentlich begründet durch den außenpolitischen Druck, den das Versailler Diktat mit seinen Reparationsforderungen nach dem verlorengegangenen Ersten Weltkrieg weiterhin auf das deutsche Volk ausübte; ebenso war diese Lage mitbestimmt durch die Weltwirtschaftskrise, die 1929 ihren Anfang genommen hatte. Die Zahl der Arbeitslosen stieg immer mehr an. Die Ausgabe von Bezugsscheinen für einzelne Lebensmittel, für Kartoffeln, Margarine, sogar für Kohlen und Bekleidung waren längst zu einer wiederkehrenden Aufgabe der Verwaltung geworden. Die Zahl der „Wohlfahrtsempfänger“ wurde immer größer. Es ging den Behörden darum, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Notlage zu beheben, war der Kern im Bemühen der Gemeindevertretung gewesen; so war es 1932 nicht anders als in den 20er Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Aber vieles blieb auf der Strecke, weil die Finanzierung auf dem Kapitalmarkt kaum oder gar nicht durchzusetzen war. In seiner Sitzung vom 3. Februar 1932 befaßte sich die Gemeindevertretung mit Straßenbaumaßnahmen zwischen Kastor- und Grünstraße, um dort eine Verbindung zu schaffen; mit den Kanalisationsplänen für Alsdorf: mit dem Ankauf von Grundbesitz im Broichtal bei Ottenfeld; mit den hohen Strom- und Wasserpreisen, die die Bevölkerung belasteten. Am 17. Februar 1932 ging es um Ankauf von Gelände für Kleinsiedlerstellen, um die Wohnraumnot zu lindern. Der Plan mußte zurückgestellt werden, da der Bodenpreis von 900 Mark je Morgen, den die Renteverwaltung Ottenfeld verlangte, nicht aufzubringen war. Am 14. März desselben Jahres konnten langsam die Bauarbeiten an der Kläranlage im Broichtal fortgesetzt werden; es folgte der Ausbau des Nordfriedhofes, soweit die Mittel hierzu reichten. Die Wohnungsnot brachte in der Sitzung vom 9. Juni 1932 den offenen Protest eines Zuhörers, der aus dem Sitzungssaal gebracht werden mußte. Eine schwere Belastung für die Verwal-

tung in ihrem Bemühen um Ordnung waren die zahlreichen Feierschichten beim EBV, von denen die Presse Monat für Monat oft mehrfach berichtete. Die Presse machte schließlich im November 1932 von einem Gerücht Mitteilung, daß die Grube Anna I geschlossen werde. Das waren Dinge, die die Menschen in Wut brachten. Im Juni 1932 konnten 73 Erwerbslose beim Bau der Kanalisierung eingesetzt werden. Der Sozialetat war längst schon nicht mehr zu halten. „Wohlfahrtsempfängern“ wurden gerade in jener Zeit bei eingeleiteten Arbeitsmaßnahmen Pflichtarbeiten auferlegt. Aber am 19. September 1932 riefen die Betroffenen hiergegen zum Streik auf und versuchten Arbeitswillige an der Aufnahme der Arbeit zu hindern. Unterstützung ja, aber nicht hierfür arbeiten! Diese Art stößt auf Unverständnis, wenn es dann in der Presse auch hieß: „In vielen Familien ist die Not so groß, daß es besonders an Kleidungsstücken und Wäsche am nötigsten fehlt, da vielfach eine jahrelange Arbeitslosigkeit vorliegt, die auch die Anschaffung der kleinsten Stücke unmöglich machte. In manchen Familien können die Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken, da Kleidung und Schuhzeug oder Unterwäsche fehlt. Kinder aus vielen Familien ziehen in die Nachbarorte und betteln um Brot oder alte Kleidungsstücke. Die Gemeindevertretung ist zwar nach Kräften bemüht, Arbeit zu schaffen, aber die Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms, das die Gemeindeverwaltung bei den maßgeblichen Stellen vorgelegt hat, ist wegen der Schwierigkeiten bei der Beschaffung der notwendigen Gelder äußerst zweifelhaft“. Am 1. Oktober beschloß der Gemeinderat die Einführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“, um so Arbeitslosen eine Möglichkeit zu geben, jedenfalls zeitweise im Arbeitsprozeß eingegliedert zu sein. Arbeiten am Schulplatz in Busch, am Ausbau der Straße zwischen Alsdorf und Boscheln, am neuen Friedhof und anderswo waren durchzuführen. Die Tagesvergütungen sollten bei 1,80 Mark liegen, wohingegen das Arbeitsamt Eschweiler nur 1,40 Mark angesetzt wissen wollte. Sonderbar nur, daß gerade die Kommunisten und die Sozialdemokraten gegen diese Pläne stimmten. Am 5. Oktober stellte der Rat fest, was an Aufgaben auf die Großgemeinde Alsdorf durch die Eingemeindungen der Orte Kellersberg, Ofden, Schaufenberg und Neuweiler zugekommen war. Im November 1932 ging es endlich mit den Arbeiten an der Straße Alsdorf-Boscheln so richtig los. Ein erheblicher Schlag war die Feststellung der Verwaltung vom 17. Januar 1933, daß der Haushalt einen Fehlbetrag von rund 100.000 Mark aufwies. Die Streikhetzen machten der Verwaltung die Arbeit nicht leichter. Es schleppte sich vieles hin.

Am 16.6.1933 zog die neue Gemeindevertretung Bilanz. Der NSDAP ging es jetzt um das Ganze. Anders als in dem alten Rat hatte sie nun mit acht Vertretern die Position der stärksten Ratspartei. Nach dem Bericht vom 29. Juni 1933 wurde an der Berufsschule in Alsdorf auf Veranlassung von Direktor Jumpertz wieder eine Reihe von Kursen für erwerbslose Jungen und Mädchen eingerichtet, die die verschiedensten Berufssparten ansteuerten. Die Arbeiten an den Straßen nach Boscheln und Mariadorf wurden zügig weiter ausgeführt. Am 24. August wandte sich der Rat wieder verstärkt dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu. 250 Erwerbslose wurden schon bald im Straßenbau eingesetzt. Die NSDAP sicherte den ortsansässigen Handwerkern die Arbeiten zu, die neben den eigentlichen Arbeiten am Straßen- und Kanalbau anfielen. Die Instandsetzung eines Straßenzuges von Ofden über Schaufenberg nach Mariadorf wurde als vorrangig bezeichnet. Welch eine Begeisterung mußte da bei den Kellersbergern aufkommen, als mit dem Ausbau des Kellersberger Berges und der Broicher Straße begonnen wurde. Die teilweise Finanzierung aus Reichs- und Landesmitteln war nun auf einmal zugesichert. Am 17. Oktober



1933 stellte die Gemeinde die erfreuliche Tatsache fest, daß durch die Eingemeindung der vorgenannten Orte die Bürgersteuer um 56.000 Mark auf 105.000 Mark gestiegen war.

Den Schutz der Bürger vor Preiswucher stellte die Partei groß heraus. Im Oktober kontrollierte die Polizei vornehmlich Lebensmittelgeschäfte und stellte verschiedentlich unbegründete Preissteigerungen fest und kommentierte, daß bei einer Anzahl von Geschäftsleuten der nationalsozialistische Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ noch wenig Auswirkung zeige. „Gerade die hiesige Bergarbeiterbevölkerung, die bei ihren kargen Einkommensverhältnissen mit jedem Pfennig rechnen muß, soll und wird von der Polizei unter allen Umständen vor Überforderungen geschützt werden“. Daß solche Töne, die auch noch aus einer konservativen Zeitung wie dem „Echo der Gegenwart“ kamen, im Ohr der Bürger haften blieben, ist mehr als verständlich. Am 1. Dezember 1933 beschloß die Gemeindevertretung die Verbesserung der Beleuchtungsverhältnisse in allen Hauptstraßen. Es erfolgten die Vergaben von weiteren Kanalisationsarbeiten usw.

So war die NSDAP nicht nur propagandistisch, sondern klar auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch auf die nächste Reichstagswahl zugesteuert. Sicher spielte bei den Möglichkeiten, das eine oder andere zu verwirklichen, auch der Zufall eine Rolle; doch läßt sich sehr wohl erkennen, daß von oben gezielt vorgegangen wurde, um unten den Erfolg verbuchen zu können. Vieles war und blieb auch noch lange ungelöst; aber der Kurs deutete dem Wähler eine positive wirtschaftliche Entwicklung an; und das zieht auf den ersten Blick am meisten. Dabei ging es der NSDAP um die Festigung der Macht, was bei einer politischen Partei ja nicht einmal zu beanstanden ist, solange sie im Dienst am Menschen steht. Dieses Ziel der Festigung der Macht ließ es dann sogar möglich werden, die notwendigen Gelder aufzubringen. Reichte das aber längst nicht für alles Notwendige, so war es für den Anfang doch spürbar. Den Wähler beseelten Zuversicht und Vertrauen. Er sah die Stärkung der Nation und den nationalen Aufschwung. Diese Stärkung und dieser Aufschwung betrafen die äußere Lage und die wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Mensch am ehesten fühlt und entsprechend hierauf reagiert; damals wie zu jeder Zeit.

Dennoch wäre es falsch, in einer aus Zuversicht geborenen Begeisterung allein die Ursache der Entscheidung für Hitler und sein System zu sehen. Das gilt vor allem, wenn wir den Blick bis in das Jahr 1936 hineinwerfen. Eine zweite Ursache war jedenfalls der parteipolitische Druck, der vor allem hier auf den Bergmann ausgeübt wurde. Die Enttäuschung, vielleicht getäuscht worden zu sein, machte sich hier und da schon 1934/35 Luft. Die Versprechungen dort hatten die Erwartungen hier nicht erfüllt. Eine gewisse Verbitterung zeigte sich besonders bei den Bergleuten, die ja hier den größten Teil der Arbeitnehmer darstellten. Ihr Lohnschicksal war bei weitem schlechter als bei anderen Lohnarbeitern. Ihre Löhne waren keineswegs den Lebenshaltungskosten angepaßt. Vor allem die Bergleute von Grube Maria in Hoengen-Mariadorf litten stärker unter den Nachteilen, die das NS-Regime durch eine Bevorzugung der Saar-Gruben geschaffen hatte, nachdem im Januar 1935 die Saar wieder deutsch geworden war. Förderungen dort führten zu vermehrten Feierschichten hier. So wird verständlich, daß die Bergleute hier das nationalsozialistische Lied „Deutsch ist die Saar“ parodierten, was dann auch eine kleine Gruppe zur Verärgerung der NS-Leitung verschiedentlich sang:

Deutsch ist die Saar,  
wir werden's gewahr.  
Jeden zweiten Tag eine Feierschicht,  
wenn dem Kumpel dabei auch das Herz fast bricht,  
Deutsch ist die Saar! <sup>4)</sup>

Flugblätter wurden 1935 auf der Grube Anna I gefunden, die die Enttäuschung deutlich machen:

Kumpels tretet aus der Arbeitsfront!  
Erwacht Ihr Deutschen!  
Haben wir jetzt ein freies Deutschland?  
Sind wir noch freie Deutsche? Nein!

Ein anderer Handzettel ging schon den neuen politischen Geist an:

Abstammung:  
Braun wie Hitler,  
Maul wie Goebbels,  
Gemästet wie Göring  
und ausgemolken das deutsche Reich. <sup>5)</sup>

Das sind wenige Beispiele aus dem Jahr 1935. Der Landrat des Kreises Aachen gab all diese Vorfälle in seinem Lagebericht an den Regierungspräsidenten weiter. Zu größeren Protesten kam es aber nicht unter den Bergleuten. Der Landrat kommentierte: „Die meisten fühlen sich eingeschüchtert oder aber sind froh, daß sie Arbeit haben, die sie nicht durch irgendwelche Klagen verlieren wollen“, Bericht vom 31. März 1936 <sup>6)</sup>. Wie diese Einschüchterung und Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, aussahen, folgt aus einem Bericht des Regierungspräsidenten vom 5. März 1934 an die Gestapo: „Die früheren teilweise sehr radikalen Belegschaften der Gruben des Wurm-Kohlenreviers werden von den Betriebsratsvorsitzenden, Betriebsausschüssen und Steigern heute als gesäubert angesehen. Deren Urteil geht dahin, daß die Bergleute zum neuen Staat zwar bei weitem nicht alle positiv eingestellt seien, daß aber auch keine als ausgesprochen staatsfeindlich zu bezeichnenden Elemente beschäftigt würden.“ <sup>7)</sup> Daß der parteipolitische Druck jedenfalls auf die Bergleute enorm groß war, erklärt sich aus der Tatsache daß viele Steiger NS-Leute waren, die auch Spitzenpositionen in den örtlichen Parteigruppen innehatten wie z.B. Christian Grotenrath und Josef Leesmeister. Selbst die große wirtschaftliche Not konnte angesichts dieses Druckes und der Angst um den Arbeitsplatz die Bergleute nicht bewegen, massiv aufzubegehren. Der Landrat berichtete am 4. Oktober 1936: „In Alsdorf erhält ein Untertageschlosser als verheirateter Vater von zwei Kindern im Monat den Bruttolohn von 148.75 RM. Nach Abzug der Knappschaftsbeiträge (meistens 15%), der Steuern, der DAF-Beiträge und Arbeitslosenbeiträge werden ihm 118.05 RM netto ausgezahlt. Bei einer Miete zwischen 16 RM und 25 RM verbleiben ihm für den eigentlichen Lebensbedarf rund 100 RM.“ Heute führen - so der Landrat - viele Bergleute mit trockenem Brot oder mit gestampften Kartoffeln als Brotaufstrich in die Grube ein. Die Stimmung sei mehr als schlecht <sup>8)</sup>. Gleichzeitig versuchte er, einen hohen Anteil an Schuld der Bergmannsfrau anzulasten. Schon in seinem Bericht vom 6. August 1934 schrieb er: „Alle Lohnerhöhungen oder Abgabensenkungen können in vielen Fällen bei den Bergmännern solange keinen Erfolg haben, solange nicht seine Frau geschickter und mit größerem Interesse sich

ihren Hausfrauenpflichten widmen kann und sparsamer wirtschaftet. Ich habe in dem letzten Jahr über 100 Bergmannssiedlungen besucht und hierdurch einen erschütternden Einblick in die häuslichen Verhältnisse, die sehr oft in der Untüchtigkeit der Hausfrau begründet liegen, genommen. Alle mit Rücksicht auf die Feierschichten an sich sehr förderungswerten Anstrengungen erreichen ihren Zweck nicht, solange dem Bergmann keine Frau an der Seite steht, die ihrer Aufgabe in Haus und Garten gewachsen ist. Hierin sehe ich für die Zukunft eine sehr wichtige, im Interesse der Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Bergmanns noch zu lösende Frage<sup>9)</sup>. Interessant ist, daß etwa 50 Jahre vorher der Alsdorfer Pfarrer Johannes Brand nach Besuch der Familien seiner Pfarre zu einem ähnlichen Urteil gekommen war<sup>10)</sup>. Doch lassen wir diese gesellschaftshistorisch sicher sehr bedeutsamen Anmerkungen. Es kann aber andererseits nicht übersehen werden, daß das Verhältnis von Nettolohn und Lebenshaltungskosten weder ein menschenwürdiges Leben noch irgendwelche Rücklagen für noch größere Notlagen zuließ, was für das Letztere der Landrat selbst bereits am 3. April 1936 bestätigte. Nachstehend soll eine Zusammenstellung der Preise für notwendige Lebensmittel bekanntgegeben werden, die die Preissteigerung von Juli 1934 gegenüber 1933 zeigt. Die Menge für den angegebenen Preis beträgt jeweils 500 Gramm, soweit nicht besondere Mengenangaben angeführt sind:

<b>Lebensmittel</b>	<b>10. Juli 1934</b>	<b>10. Juli 1933</b>
Molkereibutter	1,50 RM	1,40 RM
Landbutter	1,40 RM	1,30 RM
Margarine	0,98 RM	0,88 RM
Schweineschmalz	1,00 RM	0,80 RM
Schweinekotelett	0,95 RM	0,90 RM
Bauchfleisch	0,90 RM	0,85 RM
Zucker	0,38 RM	0,36 RM
Brot meist gekauft	0,195 RM	0,195 RM
Brot billiges	0,145 RM	0,145 RM
Trinkmilch je Liter	0,22 RM	0,22 RM
neue Kartoffeln	0,09 RM	0,055 RM
Rindfleisch, Keule	0,80 RM	0,80 RM
Rindfleisch, Vorderviertel	0,75 RM	0,75 RM
Rindfleisch, vom Bauch	0,70 RM	0,70 RM
Erbsen	0,32 RM	0,20 RM
Bohnen	0,18 RM	0,15 RM
Eier je Stück	0,10 RM	0,10 RM <sup>11)</sup>

Diese Tabelle, die nicht einmal Kaffee, Frischgemüse, erst recht nicht Wäsche, Schuhe, Kleidung ausweist, läßt schon erkennen, daß 100 RM im Monat für die vierköpfige Familie nicht ausreichten. Festzuhalten ist, daß der Druck von oben reichlich spürbar war, wenn die Bergleute trotz dieser wirtschaftlichen Notlage sich relativ ruhig verhielten. Festzuhalten ist, daß dieser parteipolitische Druck jedenfalls in den folgenden Jahren nach 1933 eine weitere Ursache war, die die Wähler sich ducken ließ. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß jeder Wähler trotz allem die Möglichkeit behielt, seinen Unmut in geheimer Entscheidung mit einem genauso geheimen „Nein“ auszudrücken, ohne daß er „aufgeflogen“ wäre.

Dieser Druck, der auf den Arbeitern lag, sollte auch die Kirchen treffen. Sie standen ebenso unter den steten Kontrollen der politischen Behörden. Der Landrat gab seine monatlichen Berichte über das Verhalten der Kirchen an die Gestapo. Dabei gaben die evangelischen Kirchengemeinden, die vorwiegend hier der Bewegung „Deutsche Christen“ angehörten und dem NS-Denken verbunden waren, keinen Anlaß zu Klagen. „Die ganze Zahl der evangelischen Kirchengemeinden steht geschlossen zum Nationalsozialismus“; so der Landrat am 3. April 1936 <sup>12)</sup>. Wer hier nicht konform ging, der wurde wie 1934 der Aachener Superintendent Staudte, der wegen „Unbotmäßigkeit gegen den Landes- und Reichsbischof seines Postens enthoben worden“ war. Er galt als Führer der schwachen Bekenntnisgemeinde in Stadt und Kreis Aachen <sup>13)</sup>. Klagen über das Verhalten in der katholischen Kirche gab es immer, wenn dies auch nicht so sehr im öffentlichen Auftreten begründet war, sondern durch die Aktivitäten in der Stille vornehmlich in der Jugendarbeit <sup>14)</sup>.

### **III. Der Einfluß der Kirchen auf die politische Entwicklung bis zur Reichstagswahl vom 12. November 1933 und darüber hinaus.**

Neben die genannten trat dann noch die dritte Kraft: die Kirchen. Hatten sie überhaupt Einfluß? Gewiß weniger auf Kommunisten und Sozialisten. Ihr Einfluß betraf die konservativen Kreise im Volk; und diese konnten nicht übersehen werden. War es im Norden und im Osten vornehmlich die protestantische Kirche, so im Westen und Süden vor allem die katholische Kirche; und beide wirkten als Diaspora in den jeweils anderen Gebieten. Worin bestand ihr Einfluß? Wie äußerten sie sich zum neuen System oder vielleicht sogar gegen das neue System? Wie stark war oder blieb überhaupt ihre Kraft, Einfluß auf das Volk und auf den Wähler auszuüben?

Hier kommt es für den Alsdorfer Raum genauso auf die Stimmen der katholischen Kirche an wie auch auf die der evangelischen Kirche, die sich in ihrer Bewegung „Deutsche Christen“ schnell geistig mit dem NS-System verbunden und in der Kirchengemeinde Alsdorf-Baesweiler die führende Position besessen hat; doch zunächst zur katholischen Kirche in jener frühen Zeit der neuen politischen Entwicklung.

Am 11. November 1933, also einen Tag vor der 2. Reichstagswahl unter der Regierung Hitler, ließ der Bischof von Aachen, Dr. Josef Vogt, einen Aufruf veröffentlichen, in dem er von der Wahl als einer „vaterländischen Pflicht!“ sprach:

„Die deutsche Regierung hat den Völkerbund verlassen, weil er unserem Volke die Gleichberechtigung versagte. Sie wendet sich nunmehr an das gesamte deutsche Volk,

damit es am 12. November sein eigenes Urteil über diesen bedeutsamen Schritt der Regierung fälle. Die Volksstimme will aber noch weit mehr sein als eine Deckung des Regierungsbeschlusses. Das deutsche Volk soll damit als Ganzes zu den übrigen Völkern eindringlich reden und Gleichberechtigung, Frieden und Arbeit in machtvoller Geschlossenheit fordern. Es erstrebt damit drei Ziele, die sowohl der nationalen Ehre als dem christlichen Sittengesetz und Völkerrecht entsprechen. Es erscheint uns deswegen als vaterländische Pflicht, dem deutschen Vaterland und Volk wie bisher, so auch in der gegenwärtigen Schicksalsstunde die Liebe und Treue zu wahren und am 12. November die Einmütigkeit mit den übrigen Volksgenossen zu beweisen. Dabei vertrauen wir auf des Herrn Reichskanzlers Wort, daß nun endgültig unter die für so viele treue Staatsbürger schmerzliche Vergangenheit ein Strich gezogen ist und uns Katholiken das Friedenswerk des Konkordates unter Ausschluß von Abstrichen, Umdeutungen und Übergriffen gesichert bleibt. Aachen, den 9. November 1933, Josef, Bischof von Aachen.”

Wie kam der Aachener Bischof zu dieser auf den ersten Blick heute unbegreiflichen Empfehlung, den außenpolitischen Schritt Hitlers zu billigen und ihm und seiner Regierung Vertrauen entgegenzubringen? Die Antwort auf diese Frage macht notwendig, daß hier zunächst zurückgeblendet wird.

Am 3. März 1932 protestierten die Dechanten der Diözese Aachen gegen eine Behauptung der Nationalsozialisten, wonach die deutschen Bischöfe ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus geändert hätten. Die Behauptung der NS-Sprecher macht schon klar, daß die katholische Kirche in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus stand. Der Grund hierfür war der NS-Kampf gegen die christliche Glaubens- und Sittenlehre, der Kampf gegen die kirchliche Freiheit dieser Glaubensverkündigung und das nationalsozialistische Bemühen, diesen Lehren der Kirche das germanische Sittenempfinden als einzigen Maßstab entgegenzusetzen und alles zu verwerfen, was diesem germanischen Empfinden entgegensteht.

Am 30. Juli 1932 erschien das Wort der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz: „Wie haben wir uns als treue Katholiken zu einer Bewegung zu stellen, die unter der Bezeichnung „Nationalsozialismus“ sich in Deutschland verbreitet und einen großen Teil unserer Volksgenossen, vor allem auch weite Kreise der Jugend, erfaßt hat? . . . Vielmehr drohen fortgesetzt eine Reihe von schiefen und falschen Auffassungen, die von führenden Vertretern der nationalsozialistischen Bewegung in öffentlichen Versammlungen, in Presse und Literatur über fundamentale christliche Glaubenswahrheiten, insbesondere über die katholische Lehre von der Universalität, Einheit und Autorität der Kirche Jesu Christi, über einzelne sittliche Grundsätze, ferner über das Verhältnis von Kirche und Staat, von Religion und Rasse kundgetan werden, mehr und mehr die unserer Hirtensorge anvertrauten Seelen zu verwirren und zu gefährden.... Wir Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz haben, unserer Hirtenpflicht eingedenk, durch eine eigene, gemeinsame Kundgebung vom 8. Januar 1929 nachdrücklich und freimütig vor dem katholikenfeindlichen Sozialismus und damit auch vor dem aus ihm hervorgegangenen Kommunismus gewarnt und warnen heute mit unverändertem Nachdruck. Ebenso pflichtbewußt handeln wir jetzt, wenn wir unsere Diözesanen auf die mit der nationalsozialistischen Bewegung für katholisches Denken und Leben entstandene Gefahr aufmerksam machen und mahnend unsere Stimme erheben. .”

Aus der Erklärung der Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz; „. . . der Satz „Freiheit aller religiösen Bekenntnisse, soweit sie nicht gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“ ist direkt gegen die christlichen Grundsätze gerichtet; denn es macht das Gefühl einer Rasse zum Richter über religiöse Wahrheiten, über Gottes Offenbarung und über Zulässigkeit des von Gott gegebenen Sittengesetzes. In seinen letzten Konsequenzen leugnet er den universalen Charakter der katholischen Kirche. Da jeder, der einer Partei beitrifft, das ganze Programm der Partei und die Arbeit in ihrem Geiste unterstützt, so ist für katholische Christen die Zugehörigkeit zur NSDAP unerlaubt, solange und soweit sie kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind.“

Die Bischöfe Bayerns riefen ähnlich auf: „Führende Vertreter des Nationalsozialismus stellen die Rasse höher als die Religion. Sie lehnen die Offenbarung des Alten Testaments und sogar das Mosaische Zehngebot ab. Sie lassen den Primat des Papstes in Rom nicht gelten, weil er eine außerdeutsche Stelle sei, und spielen mit dem Gedanken einer dogmenlosen Nationalkirche,.... Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr das Christentum Christi. Die Bischöfe müssen also als Wächter der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre vor dem Nationalsozialismus warnen . . .“ – So hatten die Bischöfe gesprochen. Nach ihren eindeutigen Worten und eindringlichen Warnungen kann und darf kein Katholik Liste 2, die Nationalsozialistische Partei, wählen; so die Veröffentlichung und der Aufruf im „Echo der Gegenwart“ vom 30. Juli 1932.

Vor den Wahlen zum Reichstag und Landtag am 5. März 1933 warnten die Bischöfe erneut in der schon 1932 gebrauchten Form: „Hütet Euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind. Schöpft Eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern... Die Oberhirten der Diözesen Preußens.“

Im Mai 1933 erging der gemeinsame Hirtenbrief der Diözesen Deutschlands. Hier wurden innere und äußere Positionen der Kirche herausgestellt, die es zu garantieren galt; einzelne Positionen sollen aufgeführt werden: „Nur glauben wir, daß eine Volkseinheit sich nicht nur durch die Blutsgleichheit, sondern auch durch die Gesinnungsgleichheit verwirklichen läßt, und daß bei der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes zu Ungerechtigkeiten führt, die das christliche Gewissen belasten, vor allem, wenn sie Mitmenschen treffen . . .“

Es ist auch ... im Interesse des Staates gelegen, die konfessionelle Schule und konfessionelle Lehrerbildung zu schützen und die jungen Menschen zu einheitlichen Charakteren zu formen und sie nicht durch religiöse Verschwommenheit auch ihrer bürgerlichen Zuverlässigkeit und Tragkraft zu berauben. . . .

Wir glauben . . ., daß der Staat auch hier in seinem eigensten Interesse handelt, wenn er diese kirchlichen Organisationen als wertvolle Einrichtungen zugunsten des Volksganzen betrachtet, ohne sie durch schematische Gleichschaltung auszuhöhlen und zu vernichten.“

Hitler und seine NSDAP standen vor einer inneren Gefahr, mit der sie nicht gerechnet hatten. Die Katholische Kirche - anders als die Evangelische Kirche Deutschlands – hatte ihren Mittelpunkt in Rom und dorthin in erster Linie ihre Verpflichtung. Hitler spürte, daß er aus diesem geradezu „völkerrechtlichen Dilemma“ nur herauskäme und diese römische Kirche in Deutschland nur zur Zustimmung bewegte, wenn er den Forderungen nach Ga-

rantie der bisherigen Positionen nachgäbe. Das führte zu Verhandlungen über ein bereits vom Vatikan vorbereitetes Abkommen und schließlich zum Abschluß des sog. Reichskonkordates zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich am 20. Juli 1933.

Der Wortlaut dieses ganzen völkerrechtlichen Vertragswerkes wurde in den Tageszeitungen veröffentlicht. Garantiert wurde die Freiheit der Kirche in der Glaubens- und Sittenlehre; die Freiheit ihrer Verkündigung; die Freiheit der Veröffentlichung von Anweisungen, Verordnungen, Hirtenbriefen und sonstigen Verfügungen, die die geistige Leitung der Gläubigen betreffen; garantiert wurden die bestehenden und noch zu eröffnenden Konfessionsschulen und der katholische Religionsunterricht dort; garantiert wurde die Freiheit der katholischen Organisationen und Vereine in ihrem religiösen Leben und eigentlich alles, was die Deutschen Bischöfe in dem genannten gemeinsamen Hirtenwort gefordert hatten. Für das Reich unterzeichnete dieses Konkordat Vizekanzler Franz von Papen, für den Vatikan Kardinal Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII.

Auf der Grundlage dieser Entwicklung in den Beziehungen zwischen dem Reich und der katholischen Kirche mit dem Abschluß dieses Reichskonkordates wird nun der empfehlende Aufruf von Bischof Dr. Josef Vogt vom 11. November 1933 verständlich, der ausdrücklich unter Berufung auf dieses Konkordat erfolgte in dem Vertrauen auf die Vertragstreue Hitlers. Daß der Bischof gleichzeitig das nationale Verantwortungsbewußtsein hervorhob, muß aus staats- und völkerrechtlicher Sicht als geboten betrachtet werden; denn ein Volk ohne die nationale Eigenständigkeit, ohne die uneingeschränkte Souveränität, ohne die unbelastete Freiheit zur Selbstverwirklichung und zur gleichberechtigten Mitwirkung an allem in der Völkergemeinschaft ist kein Volk, sondern nur eine in wirtschaftlicher Abhängigkeit stehende territorial umschriebene Marionette.

Das war der politische Spiegel, in den der katholische Wähler 1933 schauen konnte; zu Beginn des Jahres und an seinem Ende.

Es würde den Zusammenhang der weiteren Entwicklung störend unterbrechen, wenn die Betrachtung hier enden sollte; denn drei Jahre später hatte der Wähler erneut Gelegenheit, durch seine Stimme seine politische und geistige Orientierung zu demonstrieren. Wie stand die katholische Kirche in dieser Zwischenzeit politisch da, und welchen Einfluß hätte sie gerade in dieser Zeit haben können? Da die Position der katholischen Kirche in ihrem Verhältnis zur Reichsregierung vielfach verzerrt dargestellt worden ist, kann auf eine eigene Darstellung der Geschehnisse nicht verzichtet werden.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 29. März 1936 ist bekannt: bei einer Wahlbeteiligung von 99.57% im Reich stimmten für Hitler 98%. Es muß erneut betont werden: der Wähler konnte zumindest theoretisch frei entscheiden zwischen „Ja“ und „Nein“. Für Alsdorf liegen keine Angaben über die Zahl der Wahlberechtigten für jenen 29. März vor. Sie wird aber ähnlich der von November 1933 mit 13.121 gewesen sein; eher noch geringer, da die Einwohnerzahl von 20.032 Mitte 1933 in der nachfolgenden Zeit abgenommen hatte; Oktober 1936: 19.440; Mai 1938: sogar nur 19.196. Bei der obengenannten Annahme hätte die Wahlbeteiligung 90.55% ausgemacht. Jedenfalls gaben von 11.882 Wählern 11.833, also 99.58% in Alsdorf ihre Stimme für Hitler ab. Nur 0.42% oder 49 Wahlgänger stimmten mit „Nein“ oder machten den Wahlzettel ungültig. Steckte dahinter der Einfluß der katholischen Kirche?

In der Zeit nach der Wahl vom 12. November 1933, also über rund zweieinhalb Jahre, waren gewaltig die Meinungsgegensätze in der geistig-sittlichen Orientierung zwischen der katholischen Kirche und dem Staat aufeinandergeprallt. Unterstellt, daß bei Konkordatsabschluß auf beiden Seiten das Vertrauen auf wechselseitige Vertragstreue gegeben war, so ließe sich das, was später kam, nur noch begründen mit einem gewaltigen Irrtum auf jeder Seite, was die Auslegung des Vertrages und ihre politischen Konsequenzen betrifft. Auf jeden Fall hätte dann der Irrtum Hitlers in der Vorstellung gelegen, daß die katholische Glaubens- und Sittenlehre nur den privaten Raum der eigenen vier Wände betreffen würde und außerhalb dieser vier Wände auch der katholische Mensch wie der Mensch überhaupt unter dem Diktat der Regierung stünde, worin die Kirche sich nicht einzumischen habe; bekannter Satz: „Religion ist Privatsache!“ Auf diese Annahme stellte sich die Reichsregierung schon bald tatsächlich ein, um ihren Kampf gegen die katholische Kirche zu rechtfertigen. Doch nichts ist törichter, als einen solchen Irrtum auf der Seite der Reichsregierung anzunehmen; denn niemand als gerade sie wußte besser um die gesellschaftspolitische Weite, in die hinein christliche Glaubens- und Sittenlehre dringt und zu dringen bestimmt ist.

Ein wirklicher Irrtum lag bei der katholischen Kirche. Sie hatte übersehen oder nicht ernst genommen, was Hitler schon früh in seinem Buch „Mein Kampf“ festgelegt hatte: „Und wer mir daher entgegenhält, daß ich mein Wort breche, daß ich Verträge nicht halte, daß ich List, Betrug und Verstellung übe, dem antworte ich: „Bitte, tue das gleiche“<sup>15)</sup> oder: „Es kann keine außenpolitische Erwägung von einem anderen Gesichtspunkt aus geleitet werden als dem: Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein? Sie ist die einzige vorgefaßte Meinung, die bei der Behandlung dieser Frage gelten darf. Parteipolitische, religiöse, humane, überhaupt alle übrigen Gesichtspunkte scheiden restlos aus“<sup>16)</sup>. Dabei unterschlug Hitler jedoch, daß nach seiner Vorstellung einzig sein Wille und damit der Wille seiner Partei uneingeschränkt das bestimmt, was dem Volke nützt, wie es schon lange vor ihm Karl Marx für die kommunistische Partei betont hatte: die Partei hat immer recht! Vielleicht hatte der Aachener Bischof am 11. November 1933 ein Gespür gehabt für das, was kommen sollte, als er betont sein Vertrauen auf die Vertragstreue Hitlers zur Grundlage des Friedens gemacht hatte.

So war das Konkordat ein vom Vatikan gewolltes Vertragswerk, für die Reichsregierung letztlich nur ein Machwerk. Diese unterschiedliche Position mußte schließlich zur radikalen Konfrontation führen.

Die Hetzereien gegen die Juden und die Herausstellung der nordisch germanischen Rasse als vornehmste Aufgabe in der völkischen Zielsetzung forderten den Münchener Kardinal Michael von Faulhaber heraus, bereits in seiner Silvesterpredigt vom 31. Dezember 1933 deutlich zu machen, daß die Rassendiskriminierung dem christlichen Sittengesetz und der christlichen Glaubenslehre konträr gegenübersteht und dieser unversöhnlich zu begegnen ist: „Vom kirchlichen Standpunkt ist gegen die ehrliche Rassenforschung und Rassenpflege nichts einzuwenden, auch nichts gegen das Bestreben, die Eigenart eines Volkes möglichst rein zu halten und durch Hinweis auf die Blutsgemeinschaft den Sinn für die Volksgemeinschaft zu vertiefen. Nur darf die Liebe zur eigenen Rasse in der Kehrseite nicht Haß gegen andere Völker werden“<sup>17)</sup>. Diese Predigt war in der Tageszeitung abgedruckt worden. Sie blieb nicht die einzige klare Aussage des Kardinals. Es verwundert daher nicht, daß er für den Propagandaminister Goebbels die Nummer Eins der Verhöhnung,



des Spotts und des Angriffes wurde. Ohne auf konkrete Vorgänge im politischen Leben einzugehen, erklärte der Aachener Bischof Dr. Vogt in seinem Fastenhirtenbrief vom 28. Januar 1934 u.a.: „Die heutige Zeit mit ihren ganz veränderten Verhältnissen in Politik und Wirtschaft fordert von uns, daß wir durch und durch katholisch sind, katholisch fühlen, denken und leben. „Seid wachsam, steht fest im Glauben, handelt mannhaft und seid stark (1 Kor.16,13)“. Wir sollen mit Herz und Verstand, mit allen unseren Kräften im Bekenntnis und in der Tat, nicht bloß im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben unseren christlich-katholischen Standpunkt vertreten. Dazu gehört ein starker Wille, eine feste Entschlossenheit und ein Bekennermut, der durch nichts in der Welt von seiner Glaubens-treue und seiner Anhänglichkeit an die Kirche sich abbringen läßt. Heute brauchen wir mehr denn je tapfere Männer und mutige Streiter für Christus und sein Reich“. Auch dieser Hirtenbrief wurde in der Tageszeitung „Echo der Gegenwart“ mit seinem vollen Wortlaut abgedruckt und veröffentlicht.

Bischof Dr. Vogt hatte wie viele andere schnell erkannt, daß Hitler und die NSDAP sich durch Kirche und Konkordat nicht in ihren politischen Vorstellungen und Absichten einschränken ließen. Von oben kamen die Töne der Garantie; an der Basis aber lief die Agitation und die geschickte Unterwanderung der kirchlichen Position. Als im Raum Würselen / Alsdorf und anderswo Druck auf Schüler und Beamte, also auf all die, die in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis zum Staat standen, ausgeübt wurde, der NSDAP und der Hitlerjugend beizutreten, obgleich die Freiwilligkeit der Entscheidung zugesichert war, richtete Bischof Dr. Vogt im Mai 1935 ein Protestschreiben an die Behörde, das der spätere Pfarrer von Kellersberg Paul Högel, damals Kaplan an St. Sebastian in Würselen, zusammen mit seinem Kollegen Heinrich Weyer als Flugblatt verteilen ließ. Dieses Flugblatt wurde von der Gestapo abgefangen. <sup>18)</sup> Folgen aus dieser Aktion sind nicht bekannt. Anders erging es dem damaligen Pfarrektor von Kellersberg Hubert Esser. Er war erst seit Dezember 1930 im Amt. Er erkannte schnell die politische Entwicklung. Vor allem die parteibedingte Verminderung der religiösen Orientierung. Zwar hatte er 1935 noch 107 Taufen, 49 Eheschließungen sowie 2 gemischt religiöse. Aber es hatte sich in der inneren Orientierung ein Wandel vollzogen. Hubert Esser beklagte die weite Verbreitung nationalsozialistischer Blätter in den Kolonien Kellersberg, die den Bezug katholischer Zeitungen weit übertraf. <sup>19)</sup> Esser nahm kein Blatt vor den Mund und prangerte die parteipolitischen Agitationen der NS-Ortsgruppe und des neuen Systems an. Am 29. Juli 1935 schlug die Partei zu. Sofort hatte Pfarrektor Hubert Esser den Regierungsbezirk Aachen zu verlassen, wozu ihn eine Anordnung der Aachener Regierung aufgefordert hatte: Ausweisung! In der bischöflichen Ernennungsurkunde für den Nachfolger Bernhard Schmitz heißt es kurz: „Esser mußte den Regierungsbezirk Aachen verlassen“ <sup>20)</sup>. Das „Politische Tagesblatt“ vom 30. Juli 1935 schrieb: „Wie wir erfahren, ist gegen den Pfarrektor Hubert Esser, dessen staats- und bewegungsfeindliche Einstellung in den letzten Wochen und Monaten die hiesige Öffentlichkeit stark erregt hatte, seitens der Staatspolizei Aachen ein Aufenthaltsverbot für den Bereich des Regierungsbezirkes Aachen ergangen.“ Im „Echo der Gegenwart“ vom 30. Juli 1935 hieß es: „Gegen den Pfarrektor Hubert Esser in Alsdorf-Kellersberg ist von der Staatspolizei Aachen ein Aufenthaltsverbot für den Bereich des Regierungsbezirkes Aachen ergangen. Der „Westdeutsche Beobachter“, dem wir diese Meldung entnehmen, begründet die Maßnahme gegen den Pfarrektor damit, daß seine staats- und bewegungsfeindliche Einstellung in den letzten Wochen und Monaten die Öffentlichkeit stark erregt habe.“ Hauptquelle der Information war also der „Westdeutsche Beobachter“, das offizielle

Presseorgan der NSDAP hier im Westen, von dem die übrigen Presseorgane weitgehend ihre Berichterstattung herleiteten und diese dann in den unterschiedlichsten Formen je nach der eigenen Einstellung publik machten. Auch das war alles der Bevölkerung von Alsdorf und erst recht der von Kellersberg bekannt.

Der geistige Kampf zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Regime ging weiter und sollte kein Ende finden. Der Reichsregierung ging es darum, die katholische Kirche auf den Kirchenraum und auf das Beten dort zu beschränken. Sie übernahm das schon historisch gewordene Schlagwort vom „politischen Katholizismus“, mit dem sie das öffentliche Wirken der Kirche bezeichnete und dem sie den erbittertsten Kampf angesagt hatte. Der katholischen Kirche ging es um das uneingeschränkte Verkündigungsrecht, was die Glaubens- und Sittenlehre betrifft, die mehr umfaßt als das Beten in der Kirche und im eigenen Heim. Sie erfaßt die zwischenmenschlichen Beziehungen allgemein in Familie, Gesellschaft und Staat. Am 22. Februar 1934 griff die NS-Regierung in der Presse scharf die Silvesterpredigt von Kardinal Faulhaber an, der sich kritisch mit den positiven und negativen Seiten des germanischen Sittengefühls auseinandergesetzt hatte und zugleich mit den Begriffen Volk, Blut und Rasse, also mit jenen neuen „Urwerten“ der nazistischen Gesellschaftslehre. Polemik kennzeichnete den Schlag gegen den Kardinal, da die sachlichen Argumente fehlten. „Wenn jedoch der Kirchenfürst sich auf das Gebiet der deutschen Geschichte und Vorgeschichte begibt, so ist er hier genauso zu behandeln wie jeder andere Deutsche, sei er Gelehrter oder Laie. Wir empfinden es mit der deutschen Geschichtsauffassung als unverträglich, wenn von dieser Stelle fast unverblümt den Germanen der Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie die Römer aus dem Teutoburger Wald geschlagen haben. Wir finden es nicht tragbar, wenn die Führer des neuen Deutschland als „kriegslustige“ Altgermanen hingestellt werden“ usw.

Reichsarbeitsminister Dr. Robert Ley ordnete am 28. April 1934 an, daß die Mitglieder der konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereine nicht Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein dürfen und damit kein Mitspracherecht in Betriebsgemeinschaften haben, da sonst die einheitliche Ordnung des Ganzen verlorengehe. Der Kirche wurde jedes Recht zur Demonstration untersagt: „das Recht zu demonstrieren habe nur der Staat und die Partei“, so der Bericht im „Echo der Gegenwart“ vom 3. Mai 1934. Der besondere Kampf galt den katholischen Jugendverbänden; über sie wolle sich nämlich die aufgelöste Zentrumspartei wieder in die Öffentlichkeit einschleichen, war das Argument. Zurückblickend muß festgestellt werden, daß in den vorausgegangenen Jahren vor der Machtergreifung die katholische Jugend eine große Rolle vor allem bei den sportlichen Wettkämpfen gespielt hatte. Diese Jugendgruppen waren zusammengeschlossen gewesen im Verband der „Deutschen Jugendkraft“, DJK. Dieser Verband veranstaltete auch allein sportliche Wettkämpfe, über die wöchentlich die Tageszeitungen berichteten. Als geschlossener Verband hatte er für seine Mitglieder Uniform und Abzeichen, die auf die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche hinwiesen. Noch im Mai 1930 hatte in Alsdorf der „Jugendkraftführertag“ für den hiesigen Kreisverband stattgefunden, dem 23 Gruppen angehörten. Nach dem Reichskonkordat konnte die Reichsregierung diesen Verband nicht der Reichshitlerjugend unterstellen. So genoß dieser konfessionelle Verband zunächst noch seine Eigenständigkeit. Er war der Regierung aber ein Dorn im Auge, weil er öffentlich auftrat, und das auch noch in Uniform. Im Juni 1935 wurde dem Verband wegen eines öffentlichen Fußballturniers von der Behörde ein Strafgeld auferlegt, da die sportliche Betätigung keine religiöse sei und für sportliche Betätigung keine Genehmigung bestehe. Auf den Einspruch hiergegen bestätig-

te das Aachener Verwaltungsgericht das auferlegte Strafgeld. Am 20. Juli 1935 erging die Verordnung, nach der es den konfessionellen Jugendverbänden verboten war, eigene Uniformen und Abzeichen zu tragen, die auf die Zugehörigkeit zu einem kirchlichen Verband hinwiesen. Das geschlossene Aufmarschieren und das Zelten in der Öffentlichkeit wurden genauso verboten wie jede Ausübung von Sport. Göbbels gab in seiner von Haß und Ironie bestimmten Art hierzu am 5. August 1935 die Begründung: „Die Jugend zur Religiosität zu erziehen, mag Sache der Kirche sein. Die Jugend politisch zu erziehen, ist unsere Sache. Wenn die Kirchen Sportvereine gründen, so ist es denn doch sehr die Frage, ob diese Sporterziehung auf das Jenseits gerichtet ist (stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall). Die Jugend gehört uns, und wir geben sie an niemand ab.“ Alles das war durch die Tageszeitungen in der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Der sogenannte politische Katholizismus wurde weiter angegriffen, ob es die langatmigen Ausführungen vom 17. Juli 1935 oder die vom 20. Juli 1935 oder auch noch spätere waren, wie sie im „Politischen Tagesblatt“ abgedruckt wurden. Dies hatte sich nach der Machtergreifung sehr bald dem Geist des Nationalsozialismus angeschlossen oder jedenfalls aus Opportunismus sich auf eine gleiche Ebene begeben, während das „Echo der Gegenwart“ Ende 1935 seine Tätigkeit eingestellt hatte.

Massiver noch stießen die Fronten bei der Judenfrage aufeinander. Alfred Rosenberg, der Rassenideologe der „Neuen Nation“, trat auf. Schon im Februar 1934 hatte er in Berlin seine programmatische Rede über das „Mysterium des Blutes“ gehalten. Auf der gleichen Grundlage hielt er am 11. Mai 1935 seine „Muttertagsrede“. Der Volksempfänger, jener staatlich geförderte Rundfunkapparat, vermittelte diese Thesen der ganzen Nation. Als Rosenberg in Münster 1935 auftrat, was Bischof Clemens August Graf von Galen nicht verhindern konnte, fand der NS-Ideologe in diesem Bischof für die nächsten fast zehn Jahre seinen gewaltigsten Gegner. Kardinal von Faulhaber war dieses Thema schon Ende 1933 massiv angegangen.

Clemens August Graf von Galen bediente sich nicht jener bekannten Sprache eines Dr. Joseph Göbbels. Der Bischof hatte die Heilige Schrift und nahm aus ihr Texte, die hervorragend geeignet waren, um mit ihnen die konkreten Vorgänge im Reich zu beleuchten und anzugreifen. So beginnt sein Hirtenbrief vom 19. März 1935 mit Psalm 2, bevor er mit dem Geist dieses Textes die Reichsregierung attackierte: „Was toben die Heiden und erfinden Trugbilder die Völker? Erdenherrscher stehen auf, Anführer rotten sich zusammen wider den Herrn im Himmel und wider Christus, seinen Gesalbten. Laßt uns zerreißen, was uns an ihn bindet, laßt uns abwerfen die Last seiner Gebote! – Doch der in den Himmeln thront, er lacht ihrer; der ewige Herrscher hat für solches Tun nur Spott! Drum nehmt Verstand an, ihr Erdenherrscher, laßt euch warnen, die ihr auf Erden richtet. Fürchtet den Herrn und dienet ihm, in Ehrfurcht singt ihm Lob. Ergreift und haltet sein Gesetz, daß ihr ihn nicht erzürnt, daß ihr nicht in die Irre und zugrunde geht! Es kommt die Zeit, da wird sein Zorn entbrennen: Glückselig alle dann, die ihm die Treue hielten!“ . . . So steht es aufgezeichnet im Buch der Psalmen zur Warnung für alle Zeiten, <sup>21)</sup> auch für unsere Zeit!“ Von Galen hat nicht geschwiegen, wie die Kirche überhaupt nicht geschwiegen hat. Die NS-Führung tobte. Zunächst hielt sie sich noch zurück. 1941 platzte ihr der Kragen. Gauleiter forderten Maßnahmen gegen den Bischof. Kanzleichef Bormann sah die Todesstrafe für geboten, verwies aber an den Minister für Propaganda, also an Göbbels. Doch Göbbels hielt sich zurück und verwies auf das alleinige Entscheidungsrecht des Führers. Hitler wies alle Forderungen gegen von Galen zurück mit dem Bemerkten, in der Zeit des

Weltkrieges könne er innenpolitische Risiken nicht eingehen; der Vorgang sei bis nach dem Ende des Krieges zurückzustellen <sup>22)</sup>.

Am 20. Juli 1935 veröffentlichte das „Politische Tagesblatt“ eine Abhandlung über die Bedeutung „der Juden in der Kriminalität“, in der ihnen Betrug, international organisierte Taschendiebstähle, Rauschgifthandel usw. vorgeworfen wurden. Am 23. Juli 1935 erschien ein Artikel unter dem Titel: „Die Judenfrage als Weltfrage.“ Es hieß dort: „Die Judenfrage ist so ernst, daß alles vermieden werden muß, was in der Welt zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte“. Am 25. Juli 1935 wies das Landgericht in Aachen die Klage eines Juden ab, der sich gegen den Inhalt eines Rundschreibens gewandt hatte, weil er durch dieses Rundschreiben in seinen beruflichen Möglichkeiten erhebliche Nachteile erfuhr. Es war ein Rundschreiben der örtlich zuständigen Milchverwertung an die Bauernschaft mit folgendem Inhalt: „Es hatte sich in den letzten zwei Jahren seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus und insbesondere in der letzten Zeit in verstärktem Maße gezeigt, daß ein Teil der deutschen Bauern und Landwirte die Bestrebungen der Partei und des Staates bezüglich der Rassenfrage noch nicht verstanden hat, oder nicht verstehen will. Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß immer noch landwirtschaftliche Betriebsinhaber mit Nichtariern Geschäfte machen durch An- und Verkauf von Vieh, Dünger, Futtermitteln, oder Geschäfte sonstiger Art. Der deutsche Bauer hat dem Führer und dem Staat seine Dankbarkeit dafür zu beweisen, daß er durch das Dritte Reich vor dem sicheren Verderben bewahrt worden ist. Dieser Dank wird nun bei vielen Berufsgenossen vermißt, indem sie entweder in Gedankenlosigkeit oder auch aus Böswilligkeit weiter mit Juden handeln und wandeln. Da hier nur fühlbare Erziehung zum Staatsgedanken hilft, hat der Vorstand beschlossen, daß alle Genossen, die in Zukunft noch mit Juden geschäftlich verkehren, nur noch den Verarbeitungspreis für die gelieferte Milch ausbezahlt erhalten.“ Das Landgericht hatte Schutzrechte des Juden verneint und seine Klage abgewiesen.

Am 5. August 1935 verstärkte Propagandaminister Göbbels den Druck. „Wer hat provoziert? Die Juden oder wir? Wer hat mit einer wahren Schafsgeduld über zwei Jahre lang diesem aufreizenden Treiben zugeschaut? Das Judentum hat sich in Deutschland den Gesetzen des Gastvolkes unterzuordnen. Wir haben ihm eine Chance gegeben. Wenn es diese Chance mißbraucht, darf es sich nicht über die Folgen beklagen. Wir kennen die Juden: wir haben sie als Sozialdemokraten, als Kommunisten, als Schakale des Wirtschaftslebens kennengelernt. Wir werden nicht müde werden, das deutsche Volk über die Gefährlichkeit dieser internationalen Rasse aufzuklären. Eheschließungen zwischen Deutschen und Juden werden in Zukunft nicht mehr geduldet (stürmischer Beifall). Wir lassen es nicht zu, daß die Rassenverderbnis sich auch in den zukünftigen Geschlechtern fortsetzt“ .. . Noch deutlicher wurde er bei dieser Rede im Zusammenhang mit seinen Äußerungen über die nicht regimetreuen Kirchen: „Wir rotten jede Staatsfeindschaft aus, wo immer sie sich zeigen mag.“ Alles das war im Rundfunk zu hören. Alles das wurde in der Presse veröffentlicht. Alles das war dem Volk bekannt. Hitler hatte aus seiner pseudo-philosophischen Orientierung schon Jahre vor seiner Machtübernahme in „Mein Kampf“ geschrieben: „Der tödlichste Gegner im Land ist der Jude; er ist der „Parasit im Körper anderer Völker“, „der große Hetzer zur Zerstörung Deutschlands“ <sup>23)</sup>. Rassengefühl und Rasensinn müssen „instinkthaf und verstandesmäßig der Jugend eingebrannt werden“ (24). Diese neue Bibel lag damals schon mehr Haushalten vor, als heute zugegeben wird. Erstaunlich ist vor allem bei Goebbels, daß er mit keinem Wort je Tatsachen nannte, die den Vorwurf eines „aufreizenden Treibens“ hätten rechtfertigen können, die als Provokation

hätten gewertet oder als „Mißbrauch gewährter Chancen“ hätten bezeichnet werden können. Es ging ihm nur darum, durch allgemein gehaltene Beschuldigungen Haß zu säen. Und bei seiner Beschuldigung der Juden als Parasiten nannte Hitler kein Sachargument zur Rechtfertigung seiner Haßtiraden. Aber das „Einbrennen“ solcher Haßgefühle im Volk setzte bald ein. Was Goebbels mit gesetzlichen Regelungen angekündigt hatte, wurde ab September 1935 mit den „Nürnberger Gesetzen“ wahr. Die Erziehung zur Rasse wurde erneut und betont im März 1936 gefordert. Dem Volk war schmackhaft gemacht worden, eigene Ahnenforschung anzustellen, um die gefundene Arierqualität dem Staat nachzuweisen und auf die Reinheit der eigenen Rasse mit Stolz zu reagieren. Schon am 28. November 1935 berichtete das „Politische Tagesblatt“ über die Forderung nach rassenpolitischer Erziehungsarbeit in den Schulen. Das alles wußten die Eltern; das alles wußten die Schüler, wobei diese sich über den eigentlichen Sinn kaum einen eigenen Gedanken machen konnten. Es genügte einfach das „Einbrennen“ solcher Ideen.

In dieser Zeit der massiven Zuspitzung der Spannungen zwischen der katholischen Kirche und dem NS-System veröffentlichte Papst Pius XI. seine an die Deutschen gerichtete Enzyklika „Mit brennender Sorge“ am 23. März 1937. Er griff die groben Verletzungen des Reichskonkordates durch die Reichsregierung und die nachgeordneten NS-Organisationen an. Er erhob die Forderung nach Anerkennung der grundlegenden Prinzipien des Naturrechtes, wonach jeder Mensch als Persönlichkeit von Gott gegebene Rechte besitzt, die keiner zu nehmen berechtigt ist. Die NS-Regierung kochte. Sie verbot jede Übersetzung und Veröffentlichung dieser Enzyklika im Deutschen Reich. Drei Tage später veröffentlichte derselbe Papst seine Enzyklika „Redemptoris Divini“ gegen den atheistischen Kommunismus und damit zugleich gegen den Bolschewismus. Diese Enzyklika wurde in der deutschen Presse zu Propagandazwecken gegen den Bolschewismus von der Reichsregierung mehrfach erwähnt und sogar abschnittsweise zitiert. Die katholische Kirche übersetzte und veröffentlichte die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ entgegen allen staatlichen Verboten und Androhungen. 1940 forderte Papst Pius XII, in seiner Weihnachtsbotschaft die allgemeine Anerkennung der moralischen und juristisch unverjähbaren Menschenrechte durch die Staaten in einer gemeinsamen Erklärung, da nur hierdurch die Unruhe und Verbitterung derjenigen behoben werden könne, die sich in ihrer Existenz oder in ihren freien Entwicklungsmöglichkeiten bedroht fühlten. In seiner Weihnachtsbotschaft von 1942 heißt es: „Wer will, daß der Stern des Friedens über dem menschlichen Zusammenleben aufgehe und leuchte, der helfe zu seinem Teile mit an der Wiedereinsetzung der menschlichen Persönlichkeit in die ihr durch Gottes Schöpferwillen von Anbeginn verliehene Würde, der wehre dem maßlosen Zusammentreiben der Menschheit zu einer seelenlosen Masse, wehre ihrer wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geistigen und sittlichen Haltlosigkeit, ihrem Untermaß an festen Grundsätzen und starken Überzeugungen, ihrem Übermaß an trieb- und sinnenhafter Erregbarkeit und Unbeständigkeit, der fördere mit allen Mitteln auf allen Lebensgebieten solche Gemeinschaftsformen, in denen allseitige Eigenverantwortung der Persönlichkeit in ihren Diesseits- wie Jenseitsaufgaben ermöglicht und gewährleistet ist, der trete ein für die Heilighaltung und praktische Verwirklichung folgender grundlegender Persönlichkeitsrechte: das Recht auf Erhaltung und Entwicklung des körperlichen, geistigen und sittlichen Lebens; ganz besonders auf religiöse Erziehung und Bildung - das Recht zur privaten und öffentlichen Gottesverehrung, einschließlich der religiösen Liebestätigkeit - das grundsätzliche Recht auf Eheschließung und auf Erreichung des Ehezweckes, das Recht auf ein eheliches und häusliches Gemeinschaftsleben

- das Recht zu arbeiten als notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung des Familienlebens -  
- das Recht der freien Wahl des Lebensstandes, als auch des Priester- und Ordensstandes  
- das Recht zu einer Nutzung an den materiellen Gütern, die sich ihrer sozialen Pflichten und Gebundenheit bewußt bleiben.“<sup>25)</sup>.

Diese Forderungen zur Achtung der natürlichen Rechte des Menschen auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit waren wohl die größte Kampfansage gegen die Nürnberger Gesetze, durch die das Leben der jüdischen Menschen in der Gesellschaft praktisch ausgelöscht worden war und weiter ausgelöscht werden sollte. Diese Forderungen wurden am Ende jenes Jahres gestellt, an dessen Anfang unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich die NS-Endlösung gegen die Juden beschlossen worden war und die von da an verstärkt in Angriff genommen wurde.

Der Kampf zwischen Kirche und NS-Regime war bekannt. Bekannt waren die Argumente. Die Kirche hatte laut und vernehmlich ihre Stimme erhoben und hatte nicht vor ihrer Verfolgung zurückgeschreckt. Die katholische Kirche hatte nicht geschwiegen. Das NS-Regime hatte deutlich seine Stimme erhoben und war nicht ängstlich gewesen, die Jagd gegen seine „Feinde“ aufzunehmen. Die Wähler hatten die Stimmen der im Widerstand stehenden Kirche längst nicht mehr gehört. Sie hatten die Stimmen der NS-Propaganda gehört, waren ihnen gefolgt und hatten sie sich wesentlich zu eigen gemacht. Den einzelnen Parteigängern in der Priesterschaft auf allen hierarchischen Ebenen sollte nicht das erste Augenmerk geschenkt werden, um nicht gezielt das Bild zu verfälschen. Einzelne, mag die Zahl auch nicht unbedeutend gewesen sein, waren und sind nicht die Kirche, wie wir sie heute verstehen; sie waren nicht einmal „die Kirche“, wie sie damals oft genug als Summe von Amtsträgern begriffen wurde.

Zutreffend ist, daß in den meisten Erklärungen, Ansprachen und Rundschreiben das Wort „Juden“ nicht erwähnt worden war; aber auch die Sintis, Romas, die eingekerkerten, gefolterten und ermordeten Christen wurden als Gruppe meistens nicht namentlich genannt. Wozu auch? Es ging um die Würde des Menschen und um die unantastbaren Rechte aller Menschen, auch um die Rechte der Masse der Gefolgsleute des Systems, die „zu einer seelenlosen Masse“ zusammengetrieben worden waren. Wenn die Bischöfe Bayerns bereits 1929 anprangerten, daß der Nationalsozialismus die Offenbarung des Alten Testaments und sogar das Mosaische Zehntgebot ablehne, ist doch deutlich, wessen Rechtsposition hier verteidigt wurde. Wenn Kardinal Faulhaber am 31. Dezember 1933 bezogen auf die Geburt Christi erklärte: „Im Reich dieses Kindes gibt es nach dem Wort seines Heralds „keinen Unterschied zwischen Juden und Hellenen, ein und derselbe ist Herr für alle“ (Röm.10.12)“, dann ist das wohl eine klare Sprache. Die Nazis hatten jedenfalls verstanden und schlugen noch heftiger zu. Unsere Zeit begreift das nicht, will das nicht begreifen, weil sie das Engagement in der Kirche nicht neben dem geistig-sittlichen Versagen der Masse gelten lassen will.

Die evangelische Kirche hatte eigentlich eine weit ungünstigere Ausgangsposition als Kirche in Deutschland. Ihr fehlte die übernationale Bindung an eine Mitte im Zeitlichen. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt wäre sie in unmittelbaren Reichszwang und in eine Reichsverwaltung gebracht worden, jedenfalls regional, wenn sie nicht selbst in einer breiten Mehrheit einen dem System genehmen Weg eingeschlagen hätte. Nach der Machtübernahme durch Hitler war der Zustrom der evangelischen Pfarrer und damit auch vieler

Gläubigen zu der schon 1932 gegründeten Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ besonders stark. Selbst von dem Gedanken der Vereinheitlichung der Kirche erfüllt schloß diese Bewegung sich schnell dem politischen Ziel der NSDAP zur Gleichschaltung und bald dem ganzen nationalsozialistischen Denken an. Mit Hilfe dieser Bewegung, von der das neu eingeführte Amt des Reichsbischofs ausgegangen war, erhoffte sich Hitler die Möglichkeit, besonderen Einfluß auf das Kirchenvolk zu nehmen. Friedrich von Bodelschwingh, der diese Tendenzen sehr bald durchschaut hatte, gab sein Mandat als Reichsbischof schon im Juni 1933 zurück. Die Landessynode von Preußen, in der zwei Drittel der Vertretung bereits dieser neuen Bewegung angehörte, beschloß am 5. September 1933 das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und der Kirchenbeamten. Dabei nahm sie in dieses Gesetz für die kirchlichen Belange den staatlichen Arierparagrafen auf, nach dem also Bischofsstellen und sonstige Führungspositionen nicht mit Juden besetzt werden durften. Diese „Reichskirchenverfassung“ sollte eine Parallele zum Reichskonkordat sein, das seinem Geist nach sich aber grundlegend von dieser Reichskirchenverfassung unterschied. Am 27. September 1933 wählte die Nationalsynode den NS-Gefolgsmann Ludwig Müller zum neuen Reichsbischof. Er aber stand im evangelischen Raum vor einer Kirchenspaltung, da die Süddeutschen Landeskirchen dieser neuen Bewegung „Deutsche Christen“ nicht beitraten, sich ihr vielmehr gezielt entgegenstellten; nicht anders der Berliner Pfarrer Martin Niemöller, der in dieser Zeit die sogenannte Pfarrernotkirche gründete, aus der sich schon bald die „Bekennende Kirche“ entwickelte, die aber mehr und mehr in dieser frühen Zeit und auch später wegen ihrer staatspolitischen Haltung ins Abseits und damit in den Widerstand gedrängt wurde. Reichsbischof Müller war bemüht, diese Spaltung zu überwinden und die Einheit im Sinne des politischen Systems zu erreichen. Aber mit seiner NS-Haltung begegnete er nur immer mehr dem Widerstand der genannten Landeskirchen. Aus seiner Haltung heraus traf er am 19.12.1933 mit der NS-Regierung ein Abkommen, wonach das evangelische Jugendwerk in die Hitlerjugend eingegliedert wurde, da kein Jugendlicher, der nicht Mitglied der HJ war, Mitglied des evangelischen Jugendwerkes werden konnte. „Das evangelische Jugendwerk erkennt die einheitliche staatspolitische Erziehung der deutschen Jugend durch den nationalsozialistischen Staat und die Hitlerjugend als Träger der Staatsidee an.“ Für die Regierung unterschrieb der Reichsjugendführer Baldur von Schirach, für die Bewegung „Deutsche Christen“ Reichsbischof Müller.

Müller suchte überall die Stimmung für die Bewegung „Deutsche Christen“ zu fördern. Am 27. Januar 1934 fand im Saal Plum in Alsdorf eine erste Versammlung dieser Bewegung „Deutsche Christen“ im Kirchenbereich Alsdorf-Baesweiler statt, um über die Vorgänge in dieser Bewegung zu informieren. Für die zweite Hälfte Februar 1934 wurde eine weitere Versammlung in Baesweiler angesetzt. Die hiesige Gemeinde war politisch engagiert. Schon am 24. August 1933 erreichte das Presbyterium der Kirchengemeinde Alsdorf-Baesweiler auf seinen Antrag hin, daß der Rat der Gemeinde Alsdorf gerade in Kellersberg, der früheren Hochburg der Kommunisten und der radikalsten Gegner der Nationalsozialisten, die dortige evangelische Volksschule in „Horst-Wessel-Schule“ umbenannte. Die Gottesdienstordnung in der Tagespresse für Ende Januar 1934 führte an: „Entsprechend dem Wunsch des deutschen Reichsbischofs finden in der Gemeinde Alsdorf-Baesweiler aus Anlaß des Erinnerungstages der Machtergreifung Adolf Hitlers Gedenkgottesdienste statt und zwar in der Martin-Luther-Kirche durch Pfarrer Effelsberg, in der Frie-

denkirche (Baesweiler) durch Pastor Diehl. Alle evangelischen Volksgenossen werden um Einzelbeteiligung wie auch in geschlossenen Formationen gebeten.”

Am 17. Februar 1934 besuchte Reichsbischof Müller die Gemeinde Alsdorf, um durch seine Anwesenheit auch in der Kirche dem neuen Geist besonderen Auftrieb zu geben. Pfarrer Effelsberg dürfte sich schwer getan haben, als er „Im Namen des Herrn Reichsbischofs“ eine Dankadresse in die Presse setzen ließ, so steif und gegen seine sonstige Art liest sich diese: „Im Namen des Herrn Reichsbischofs richte ich der Bevölkerung von Alsdorf den mitgefühlten Dank aus für den überaus herzlichen Empfang, der von allen Schichten der Bevölkerung dem höchsten Würdenträger der Deutschen Evangelischen Kirche zuteil wurde. Der Flaggenschmuck in den Verkehrsstraßen unserer Gemeinde und die unterschiedslose Beteiligung der Volksgenossen und Genossinnen an der Huldigung zum Empfang des Herrn Reichsbischofs auf dem Nordfriedhof ist mir ein erfreulicher Beweis dafür, daß auch über alles Konfessionell-Trennende eine deutsche Bluts- und Schicksalsverbundenheit geht, für die wir in Kirche und Staat unsere besten Kräfte einzusetzen haben.“ – Dieser sprachliche Krampf konnte nicht verhindern, daß die Partei an die Arbeit ging, ihn abzusetzen. Er war kein verlässlicher Regimekämpfer. Für sie ging es zur Sache.

Nahezu ein Jahr nach seiner Wahl zum Reichsbischof hieß es auf der Kundgebung der „Deutschen Christen“ in Berlin am 22. September 1934; „In der uneingeschränkten Bejahung des Nationalsozialismus wächst eine kirchliche Männerhaltung, in der alte Worte neuen Sinn haben, in der Buße nicht mehr redet von wehleidigem Kopfhängertum, sondern von Kämpfen und Streiten“. Reichsbischof Müller selbst: „Mit dem nationalsozialistischen Aufbruch sind die trennenden Ländergrenzen gefallen und im neuen Deutschen Reich ist ein einheitliches deutsches Volk neu geworden. Eine lange Sehnsucht des evangelischen Kirchenvolkes geht damit in Erfüllung“. Doch das war und blieb Wunschtraum angesichts der Haltung der süddeutschen Landeskirchen und manch anderer Pfarrer. Aber das war Programm, und dem Programm folgte auch weitgehend das Kirchenvolk im Bereich Alsdorf-Baesweiler.

Pfarrer der am 1. April 1927 gegründeten selbstständigen evangelischen Kirchengemeinde Alsdorf-Baesweiler war Hermann Effelsberg nach seiner Ernennung und Einführung am 12. Juli 1931. Pfarrer Effelsberg lebte schon in den frühen 20er Jahren als Prediger und Pastor für diese Gemeinde mit Wohnung und Pfarrbüro in dem Haus Nr. 74 in der heutigen Rathausstraße. Sein Engagement für die Kirchengemeinde war groß. In Baesweiler leitete er den Bau der 1927 fertiggestellten Friedenskirche. In Alsdorf mußte er sich zunächst noch mit der Notkirche hinter dem heutigen Denkmalplatz begnügen, bis er dann auch hier mit dem Neubau einer Kirche begann, die als Martin-Luther-Kirche am 19. Oktober 1931 geweiht und in Gebrauch genommen wurde. Pfarrer Effelsberg baute das Gemeindeleben auf und immer weiter aus. In dem Bericht des „Politischen Tagesblattes“ vom 19. Oktober 1931 heißt es: „Pfarrer Effelsberg hat zielsicher in der neuen Gemeinde gearbeitet. Drei große evangelische Schulen mit insgesamt 700 Kindern legen heute Zeugnis ab von dem stark pulsierenden evangelischen Leben. Die Gemeinde Alsdorf-Baesweiler, die sich aus 15 Bezirken zusammensetzt, zählt heute über 5.000 Seelen. Jugendgruppen und evangelische Vereine sind in beiden Hauptbezirken gut organisiert, und sowohl für Alsdorf als auch für Baesweiler ist je eine Gemeindegemeinschaft angestellt, die beide dem Pfarrer in der Armen- und Krankenpflege tatkräftig zur Seite stehen“. Als die Bewegung



„Deutsche Christen“ 1932 aus der Taufe gehoben worden war und sie sich sehr schnell und stark auch im Bereich Alsdorf-Baesweiler ausbreitete, schloß sich Pfarrer Effelsberg dieser Bewegung allein schon aus der Situation seines örtlichen Presbyteriums an. Damit geriet er aber auch in den politischen Sog der aufgebrochenen NS-Zeit, der ihn 1933 in die NSDAP führte. In dieser Anfangsphase wählte ihn die Partei über die Kirchengremien schon bald zum „Propagandaleiter des Untergaus Aachen“, er wurde aber bereits Ende Oktober 1933 von dem Eschweiler Parteigenossen und Lehrer Rudolf Warpe abgelöst <sup>26)</sup>. Pfarrer Effelsberg dürfte wohl nicht das parteipolitische Engagement gezeigt haben, das von ihm erwartet worden war. Neben ihm wirkte in derselben Kirchengemeinde Alsdorf-Baesweiler Pastor Diehl, der ganz anders als Effelsberg ein glühender Verehrer und Vertreter des NS-Geistes und des neuen Systems war. Das Schicksal von Pfarrer Hermann Effelsberg ist persönlich und politisch in mehrerer Hinsicht tragisch und soll deswegen hier aufgezeigt werden, um an ihm das Verhältnis von Mensch und Methoden der Macht aufzuzeigen.

Am 23., 24. und 25. Dezember 1934 feierte Pfarrer Hermann Effelsberg vornehmlich in der Martin-Luther-Kirche in Alsdorf die Weihnachtsgottesdienste, aber auch in der Friedenskirche in Baesweiler, wenn dort an diesen Tagen auch hauptsächlich Pastor Diehl tätig war. Es war sicher der stille Abschied für Effelsberg von diesen Gemeinden, die er seit Anfang der 20er Jahre geleitet hatte. In den kirchlichen Nachrichten für die Zeit ab 3. Februar 1935 heißt es im „Politischen Tagesblatt“, daß sämtliche Gottesdienste bis auf weiteres von Pastor Diehl gehalten werden. Kein weiteres Wort über Pfarrer Effelsberg.

Diese Entwicklung erklärt sich aus den politischen Methoden der Partei und aus der vielschichtig tragischen Situation dieses Pfarrers. Hermann Effelsberg war am 17. Mai 1894 in Mülheim/Ruhr geboren. Zuerst hatte er die kaufmännische Laufbahn eingeschlagen <sup>27)</sup>. Der Erste Weltkrieg wurde ihm zum Verhängnis. Er erlitt schwerste Kriegsverletzungen, mit denen der Verlust eines Beines verbunden war. Später wechselte er die berufliche Laufbahn und studierte Theologie. Seine Ehe dürfte wohl schon früh belastet gewesen sein durch seine Verletzungen aus dem Krieg, die die persönlichsten ehelichen Beziehungen wohl weitgehend ausschlossen. Seine hiermit verbundenen persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen dürften ihn von der Hinwendung zum Weiblichen gelöst haben. Die Ehe wurde 1928 geschieden. Nun 1934, wurde nach Gründen gesucht, die es ermöglichten, ihn in seiner Kirchengemeinde kaltzustellen und seinen religiösen und politischen Einfluß auf die Gemeinde auszuschalten. Er paßte dem System nicht; er paßte seinem Mitarbeiter Pastor Diehl nicht; er paßte der Bewegung „Deutsche Christen“ nicht. Da kamen Anschuldigungen von zwei Männern, die mittlerweile etwa 27 Jahre alt und vielleicht damals aktive NS-Leute in Baesweiler waren. Es waren Beschuldigungen von Vorgängen um und mit Effelsberg, von denen die einen etwa zwölf Jahre, die anderen acht Jahre zurücklagen; die ersten waren in der Strafverfolgung längst verjährt, die anderen stellten nicht einmal einen Straftatbestand dar. Dieses gegen Effelsberg eingeleitete Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft in Aachen wurde am 4. Januar 1935 eingestellt <sup>28)</sup>. Aber der Vorgang lag längst schon bei dem Evangelischen Konsistorium der Rheinprovinz. Von dort wurde Pfarrer Effelsberg Ende 1934 suspendiert. Ein Disziplinarverfahren wurde dort gegen ihn eingeleitet, das dann 1936 zu seiner endgültigen Entlassung geführt hat. <sup>29)</sup> So endete die kirchliche Laufbahn des damals 40jährigen Effelsberg. Menschlichkeit und Tatkraft hier und politisches Machtstreben dort. Das letztere hatte gesiegt. Das von Pastor Diehl schon 1935 gezeigte parteipolitische Engagement steigerte sich. Vielleicht hatte er sich über die-

sen Weg die Pfarrstelle erhofft. 1936 kam es noch ärger. Diehl rief in einem besonderen Zeitungsartikel zur Teilnahme an einer Rüstfeier mit Dankgottesdienst zur dritten Wiederkunft des Tages der Machtübernahme in beiden Pfarrkirchen auf. Gleiches geschah zum Vorabend des 1. Mai, des Staatsfeiertages unter dem NS-Regime. Doch dann wurde es allmählich ruhiger. Es kriselte in der Bewegung „Deutsche Christen“. Schon am 3. Mai 1935 hatte Reichskirchenminister Kerrl den Reichsbischof „kaltgestellt“, da dieser die in ihn gesetzten Hoffnungen enttäuscht hatte. Kerrl setzte einen Reichskirchenausschuß ein, der die Leitung der evangelischen Bewegung übernahm. Da aber auch ihm der Erfolg einer Vereinheitlichung der evangelischen Kirchen nicht gelang, trat dieser Ausschuß schon am 12. Februar 1937 zurück. Nun nahm Kerrl die Sache selbst in die Hand und das auf seine politische Weise. Schon am 1. Juni 1937 wurde Pfarrer Martin Niemöller festgenommen und nach seinem Prozeß am 7. Februar 1938 in das KZ gebracht. Viele folgten, da die Verfolgung nun zur politischen Methode wurde. Auch in der Kirchengemeinde Alsdorf-Baesweiler hatte sich sicher im Presbyterium ein Wandel vollzogen, der dem System nicht gefallen konnte, der aber im hiesigen wie im Aachener Raum die kirchliche Zukunft stärker trug. In der Erwartung, die kirchliche Gemeindestelle Alsdorf-Baesweiler zu bekommen, hatte nun Pastor Diehl auf das falsche Pferd gesetzt. Im Mai 1937 übernahm Pastor Dr. Gustav Adolf Nagel die Leitung der Kirchengemeinde Alsdorf-Baesweiler als Pfarrer. Auch der Aachener Pastor Staudte erscheint wieder als Superintendent, der 1934 aus seinem Amt entfernt worden war. Dr. Nagel ging es um das Pastorenamt. Wie Effelsberg stand auch er in einem guten Verhältnis zu seinem Kollegen von der katholischen Pfarre St. Castor in Alsdorf. Er stellte die Martin-Luther-Kirche sogar für die Hl. Messen zur Verfügung, als die katholische Kirche 1939 bis 1941 wegen des nicht ausreichenden Fliegerschutzes vorübergehend geschlossen werden mußte<sup>30)</sup>; so die Mitbürgerin Käthe Floehr gegenüber dem Verfasser.

Doch politisch kam der Wandel der geistigen Orientierung in der evangelischen Kirche zu spät. Die Chance, politisch im Sinne des Evangeliums Einfluß auf die Bevölkerung zu nehmen, war bereits früh zugunsten des nationalsozialistischen Geistes vertan worden. Dabei bleibt aber die begründete Frage, ob eine anders genutzte Chance nicht doch allzu stark auf Sand gebaut gewesen wäre oder in Luft sich aufgelöst hätte. Ein Blick auf die weitgehend ausgebliebenen Wirkungen bei allen Bemühungen von seiten der katholischen Kirche bestätigt fast die Vermutung eines kirchlichen Mißerfolges bei der Bevölkerung zu einer Zeit, in der die Flamme eines wahren kirchlichen Geistes hätte leuchten und wegweisend wirken müssen.

Da half nicht die engagierte Jugendarbeit von Pastor Effelsberg in der Anfangsphase, der einen größeren Raum in seinem Wohn- und Amtshaus Rathausstraße 74 als Jugendheim zur Verfügung gestellt hatte. Den Raum nannten die Jugendlichen den „blauen Affen“, so Hubert Mund. Da half für die Breite Öffentlichkeit nicht die engagierte Jugendarbeit von Kaplan Nusselein in seiner Kaplanei.

So ging auch ein großer Teil der Bevölkerung der Gemeinde Alsdorf und damit ein entsprechender Teil in all ihren Gemeindeteilen in die nationalsozialistische Ära aus durchaus freier Entscheidung. So bestätigte die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung drei Jahre später, 1936, und danach im Jahr 1938 aus starker Überzeugung ihre Zugehörigkeit zu diesem neuen Geist in Staat und Gesellschaft. Freilich galt das nicht uneingeschränkt. Doch die Ausnahmen, die übrigens vom System peinlich genau registriert und

der geheimen Staatspolizei gemeldet wurden, bestimmen nicht die allgemeine Orientierung.

- (1) Hitler, Mein Kampf, 1933, S. 423.
- (2) Anhang zur Chronik Alsdorf nach 1932.
- (3) Hitler, Mein Kampf, 1933, S. 536.
- (4) HStAD, Regierung Aachen, Präsidialbüro, Nr. 1039.
- (5) A. a. O., Nr. 1032.
- (6) A. a. O., Nr. 1023.
- (7) A. a. O., Nr. 1023.
- (8) A. a. O., Nr. 1063.
- (9) A. a. O., Nr. 1024.
- (10) Brand, S. 5 und 10.
- (11) HStAD, Regierung Aachen. Präsidialbüro, Nr. 1024.
- (12) A. a. O., Nr. 1061.
- (13) A. a. O., Nr. 1024.
- (14) A. a. O., Nr. 1024 ff.. 1038.
- (15) Hitler, Mein Kampf, 1930, S. 105.
- (16) Hitler, Mein Kampf, 1933, S. 687.
- (17) Faulhaber, S. 101 ff.
- (18) Gestapo, S. 178, Nr. 81,
- (19) Diözesan-Archiv Aachen, GvO Kellersberg 1 I.
- (20) A. a. O., 1 I.
- (21) v. Galen I, S. 169 ff.
- (22) v. Galen II, S. 103 ff.
- (23) Hitler, Mein Kampf, 1933, SS. 334, 702.
- (24) A. a. O., S. 475 f.
- (25) Pius XII., S. 13 ff.; S. 31 ff.
- (26) Bote an der Inde.
- (27) Rosenkranz, S. 108.
- (28) HStAD, Regierung Aachen, 23 923.
- (29) Rosenkranz, S. 108.
- (30) Kraemer, S. 169.